

Beschlüsse des Landesausschusses der NRW Jusos am 24. April 2016 in Duisburg

Übersicht der Beschlüsse

LA 1	Daseinsvorsorge gibt's nicht für lau!	3
LA 2	Stahl ist Zukunft – Stahl gehört zur Zukunft	18
LA 3	Endlich mehr Demokratie wagen- wir kämpfen weiter: Für das Wahlrecht ab 16 in NRW!	22
A6	Den Wandel des Arbeitens bewusst entwickeln.	24
B3	Politikunterricht in der Schule stärken	36
B6	Inklusion – mehr als nur ein Wort!	37
B7	Verfügungsstunde für alle!	38
F3	Handlungsspielraum schaffen! – Mit der Petition von pink stinks geschlechtsdiskriminierende Werbung verbieten	39
F4	Selbstverständlichkeit sexueller Gleichberechtigung durch Umgestaltung der Ampelanlagen stärken	41
G1	Freier Zugang zu Verhütungsmitteln	42
G2	Künstliche Befruchtung ermöglichen	43
G3	Impfnachweis für Aufnahme im Kindergarten	44
N4	Keine Schweinereien mit dem Grundwasser!	45
O2	Antrag auf Öffnung des Parteikonvents	48
O3	Parteiinterne Demokratie stärken: Direktwahl von Kanzler*innenkandidat*innen und Parteivorsitzenden	49
O4	Urwahl ist ein MUSS für eine/n Kanzlerkandidatin/en	50
O5	50% Quotierung von Mandatsträger_Innen auf Parteitag und Parteikonventen	51
O6	Rückkehr zur Basis zur Stärkung der Grundprinzipien der SPD	52
R2	Zeitnahe Rückkehr zur Basis	54
V1	Psychoterror ist auch Gewalt – Erweiterung des Opferentschädigungsgesetzes auf Opfer psychischer Gewalt	57
V2	„Bullshit made in Germany“ - DE-Mail abschaffen	58

LA 1 Daseinsvorsorge gibt's nicht für lau!

Der zweite Baustein unserer Kampagne „Zukunft gibt's nicht für lau“ heißt „Investitionen in Daseinsvorsorge“. Er steht somit in Zusammenhang mit den schon zuvor gefassten Kampagnen-Beschlüssen. Fangen wir aber vorne an – was ist eigentlich dieses Daseinsdings? Wer mit seinen KollegInnen, KommilitonInnen, MitschülerInnen, am Stammtisch, im Verein, in der Kabine beim Sport, im Bus oder der Bahn einmal ein halbwegs politisches Gespräch geführt hat, wird sicher des Öfteren von einem Begriff Notiz genommen haben, dessen Allgegenwärtigkeit außer Zweifel steht: DASEINSVORSORGE. In kaum einer Debatte fehlt er, seine Zentralität und Wichtigkeit sind dermaßen manifest, dass er den sozialpolitischen Diskurs wie kein zweiter prägt... Schön wär's!

Wenn (!) über Daseinsvorsorge gesprochen wird, ist es meistens nur ein Ausschnitt über den diskutiert wird. Oft sind es um alltägliche Dinge, wie etwa die Versorgung mit Trinkwasser oder Strom. Selten aber wird unter dem Begriff auch über Kultur, Gesundheit oder Wohnraum gesprochen. Trotz durchaus vorhandener Bemühungen hat das Wort „Daseinsvorsorge“ den Einzug in den allgemeinen Sprachgebrauch verpasst.

Das Schlimme: Mit der Nichtbeachtung des Wortes geht auch die fehlende Präsenz seiner Bedeutung einher. Dabei steckt hinter dem Begriff nicht weniger als das wichtigste sozialpolitische Konzept linker progressiver Kräfte: Daseinsvorsorge ist für uns Politik gewordene Solidarität, das konkret ausgeprägte politische Instrument des Solidarprinzips. Ein durch Steuern zusammengekommener Topf sorgt für staatliche Leistungen, die für alle zugänglich sind und die das Leben aller absichern sollen – und zwar dezidiert ohne auf eine unternehmerische Gewinnmaximierung zu setzen. Dieses System ächzt momentan unter verschiedenen neuen Herausforderungen wie zum Beispiel der Energiewende, den überlasteten öffentlichen Haushalten vor allem in den Kommunen (freiwillige Ausgaben) und der nicht vorhandenen Bereitschaft der Bundesregierung, eine faire Umverteilungspolitik zu initiieren. Dabei sorgen gerade Investitionen in unsere Daseinsvorsorge dafür, dass Abstiegsängste abgebaut werden und eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Diese Ziele werden dem Interesse der Bundesregierung an einer „Schwarzen Null“ – als angeblich historische Errungenschaft – untergeordnet. Ein Vorgehen, das gerade vor dem Hintergrund der nochmals gestiegenen Herausforderungen durch die Zuwanderung gerade für die kommunale Ebene unverantwortlich ist.

Wie schon in den vorhergegangenen Beschlüssen zu unserer Kampagne wollen wir uns auch hier wieder auf Teilbereiche fokussieren und vor allem die Themen ansprechen, die uns als junge Menschen besonders wichtig sind. Wir fangen an mit dem Querschnittsthema der Daseinsvorsorge die Integrationspolitik. Arbeiten uns weiter über Wohnungsbau, Ver- und Entsorgung, Kultur bis wir schließlich mit der Gesundheitspolitik enden.

Integration

Integration ist eine Kernaufgabe einer Gesellschaft. Nicht nur in der heutigen Zeit, die durch Flucht geprägt ist, sondern grundsätzlich.

Diese Integration geht durch alle gesellschaftlichen Schichten und betrifft jeden Lebensbereich und –abschnitt. Dabei ist vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen darauf zu achten, dass gesellschaftlich benachteiligte Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deswegen sehen wir die Integration auch als Querschnittsaufgabe von Politik. Um diesem Anspruch Rechnung zu tragen, beginnen wir mit aus unserer Sicht wichtigen Voraussetzungen gelingender Integration und werden das Thema dann in den folgenden Unterkapiteln, wieder aufgreifen.

Bildung als Schlüssel der Integration

Wir fordern, dass geflüchtete Kinder schnellstmöglich in den deutschen Bildungsweg integriert werden. Dazu gehört ein ausreichendes Angebot an Kita- und Schulplätzen. Weiterhin fordern wir einen Stellenausbau in der Verwaltung, damit Abschlüsse für Schulen, Ausbildungsstätten oder Hochschulen zeitnaher anerkannt oder bewertet werden, um einen schnellstmöglichen Einstieg in den Ausbildungsweg auch für junge Erwachsene zu ermöglichen. Hierzu ist außerdem eine Aufstockung der Lehr- und Betreuungskräfte in Kitas, Schulen und Hochschulen notwendig.

Geflüchteten Studierenden muss ein schneller und unkomplizierter Zugang zu Hochschulen möglich sein, um ihr Studium fortsetzen zu können. Im Heimatland erbrachte Studienleistungen müssen ebenfalls schnell und unkompliziert angerechnet werden. NC-Barrieren lehnen wir auch weiterhin ab. Auch in die Ausbildung Nicht-Geflüchteter sollte das Thema Integration Einzug halten, um eine Sensibilisierung zu schaffen. Eine Forderung hierzu sind interkulturelle Bildungsangebote für Betriebe.

Sprache lernen

Die bisherige Sprachförderung funktioniert vorne und hinten nicht: Sie beginnt zu spät, es gibt viele bürokratische Hürden und die Unterschiede bei Qualität und Angebot sind je nach Region sehr unterschiedlich.

Wir fordern daher einen flächendeckenden Ausbau einer qualitativ hochwertigen Sprachförderung. Dies umfasst auch spezielle Sprachförderungen, wie etwa für Analphabet*innen oder Menschen, die bereits lange in Deutschland leben, aber bisher keine ausreichende Förderung genossen haben. Diese Menschen brauchen spezielle Angebote, um die Chance zu erhalten Deutsch zu lernen.

Zusätzlich fordern wir, dass Projekte, deren Ziel es ist ein gegenseitiges Lernen zu ermöglichen stark gefördert werden.

Die oben genannten und noch folgenden Punkte geben einen kurzen Überblick über die Vielfalt von nötigen Förderungen seitens des Staates. Hierbei darf der Bereich der Begleitung während des Asylverfahrens nicht fehlen. Daher fordern wir eine finanzielle Sicherheit für Sozial- und Migrationsberatungen freier TrägerInnen. Diese leisten einen großen Anteil daran, dass Geflüchtete sich in der hiesigen Bürokratie zurechtfinden.

Auch die Einbindung von Ehrenamtlichen und Geflüchteten in die Geflüchtetenarbeit steckt bisher von staatlicher Seite aus in den Kinderschuhen! Hier muss eine umfassende Professionalisierung von Verwaltungsseite und ein Abbau an bürokratischen Hürden stattfinden. Ehrenamtliches Engagement soll ergänzen und nicht staatliche Leistungen ersetzen.

Veränderter Wohnanspruch für bunte Städte und Gemeinden

Sozialistische Wohnraumpolitik muss allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Das ist nur möglich, wenn die unterschiedlichen Lebenskonzepte und Bedürfnisse der Menschen bei der Planung, Weiterentwicklung und Gestaltung von Wohnraum berücksichtigt werden. Nachhaltige und zukunftsorientierte Wohnraumpolitik muss sowohl die Veränderung von gesellschaftlichen Strukturen, wie etwa durch den demografischen Wandel und Migration, als auch die verschiedenen Möglichkeiten der individuellen Lebensgestaltung beachten.

Neben diesem veränderten Wohnanspruch der Menschen muss Wohnraumpolitik auch der Forderung nach einer sozial gerechten, solidarischen und offenen Gesellschaft gerecht

werden. Dem steht zurzeit noch vieles entgegen. Vor allem diskriminierte oder finanziell benachteiligte Gruppen leiden unter mangelndem und teurem Wohnraum. Gleichzeitig werden bestimmte Gruppen aus beliebten und zentralen Wohngegenden verdrängt. Wir wollen eine sozialräumliche Spaltung verhindern. Die Qualität der Wohnungen darf ein Mindestmaß nicht unterschreiten. Das gilt auch dann, wenn sie für private InvestorInnen unattraktiv geworden sind. Wohnen ist ein Grundrecht. Wir wollen attraktiven Wohnraum unabhängig von der Lage, unabhängig von Stadt oder Land. Inklusives Wohnen muss an allen Orten möglich sein.

Staatliche vs. private InvestorInnen

Private InvestorInnen, die sich angetrieben vom billigen Geld gerade auf den Immobilienmarkt drängen, verschärfen die Probleme auf dem Wohnungsmarkt noch weiter. Private Neubauten erfolgen oft nur im Hochpreissegment. Die Nachfrage nach niedrig preisigen Wohnungen wird durch private InvestorInnen kaum bedient. Die Kommunen und die Länder haben ihren Bestand an Sozialwohnungen zwischen den 1980er Jahren und 2010er Jahren reduziert. Der Bund zieht sich seit 2006 als Folge der Föderalismusreform gänzlich aus dem sozialen Wohnungsbau zurück. Der Immobilienmarkt wird zum Kasino für FinanzinvestorInnen und „Heuschrecken“. Dies hat großen Einfluss auf die Gestaltung unserer Städte und Kommunen. Aus den Zentren werden sterile Hot-Spots, während die Peripherie zum Ghetto verkommt. Lässt man die Kräfte des Marktes weiter frei walten, wird diese Entwicklung in den nächsten Jahren bei (zu erwartenden) niedrigen Zinsen neue, noch nicht gekannte Ausmaße annehmen. Die Politik muss gegensteuern! Land und Kommunen müssen wieder aktiv in den Wohnungsmarkt eingreifen. Dem Land kommt hier eine besondere Aufgabe zu. Ohne den starken Einsatz der Landespolitik werden es die Kommunen nicht schaffen, eine Wende auf dem Wohnungsmarkt zum Besseren zu stemmen. Wir begrüßen die Einführung der Mietpreisbremse auf Bundesebene ausdrücklich. In ihrer jetzigen Form, gibt es jedoch zu viele Ausnahmen, so dass sie ihre Wirkung in NRW fast gänzlich verfehlt. Zudem kann die Mietpreisbremse keine Investitionen in Wohnraum ersetzen. Seitens der Landesregierung in NRW gibt es seit dem Jahre 2012 erste begrüßenswerte Bemühungen den sozialen Wohnraum wieder stärker zu fördern. Das Wohnraumförderungsprogramm sieht jährlich eine Investition von 800 Millionen Euro vor. Die Jahre 2012 bis 2015 zeigen jedoch, dass die zur Verfügung stehenden Mittel maximal zu 83,5 Prozent ausgegeben wurden. Aufgrund aktueller Situationen und der verstärkten Nachfrage nach sozialem Wohnraum sieht die

Landesregierung eine Erhöhung der Finanzmittel auf insgesamt 1,1 Milliarden Euro zum nächstmöglichen Zeitpunkt vor. Wir begrüßen diese Entscheidung. Sie verdeutlicht, dass die Mittel zum jetzigen Zeitpunkt genutzt werden und weiterhin wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge sein werden. In unseren Augen gilt es die Wohnraumförderung konsequent umzusetzen und die sozialräumliche Spaltung aufzuheben.

Wir fordern, dass die Kommunen bei der Nutzung der Mittel hinreichend unterstützt werden. Kommunen mit hohem Förderbedarf sollten auch nicht genutzte Gelder anderer Kommunen ausgeben können. Eine Umsetzung der Wohnraumförderung zu vollen 100 Prozent muss das Ziel sein. Fraglich ist aber, ob diese Summe eine echte Wende auf dem Wohnungsmarkt bewirken kann. Für den Fall, dass die Investitionen verpuffen und die Mietpreise hoch bleiben, müssen größere Anstrengungen unternommen werden. Die Wende auf dem Wohnungsmarkt muss Priorität vor niedrigen Steuern und Haushaltsdisziplin haben.

Im Ruhrgebiet und Gegenden, wo der Verfall das Hauptproblem ist, muss in Modernisierung von Wohnraum investiert werden. In Regionen mit zu geringem Wohnraum müssen Wohnungen staatlich gebaut und betrieben werden. Wir stimmen der ExpertInnenmeinungen zu, die von einem Wohnraumbedarf von weiteren 400.000 Wohnung bis zum Jahre 2020 in NRW ausgehen. Diese Zahl setzt sich laut NRW Bank aus 120.000 Wohnungen für Zugewanderte und 280.000 Wohnungen aufgrund allgemeiner Bevölkerungsentwicklung zusammen. Diese gilt es im bezahlbaren Preissegment durch die Umsetzung von mietpreisgebundenen Wohnräumen umzusetzen.

Zudem muss eine fortschreitende Segregation aufgrund einseitiger privater Investitionen durch strenge Regeln und staatliche Planungen verhindert werden. Die „Wohnungsbau-Offensive NRW“ ist aus diesem Grunde für uns zu unterstützen. Die Offensive verbindet staatliche und private Verbände und Unternehmen und schafft konkrete Aktionen für einen fortschrittlichen Wohnungsbau in NRW. Wir fordern, dass Baugenehmigungen an die Integration von sozialem Wohnraum in 1A-Lagen gebunden werden. Außerdem muss es eine Belegungsbindung für öffentlich gefördertes soziales Wohnen geben. Genossenschaftlich organisierte Wohnungsunternehmen, die zur Verbesserung des Wohnungsmarktes beitragen, sind zu fördern.

Nachhaltige Ver- und Entsorgung: Integrierte Planung der Kommunen, Fairsorgung durch starke Stadtwerke

Umweltzerstörung, Luftverschmutzung, der Klimawandel, unsichere Importstrukturen und wirtschaftliche Zwänge stellen unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die bisherigen Lösungsansätze konzentrieren sich vor allem auf Dekarbonisierung und die Nutzung lokaler Ressourcen. Vielen schwebt das Ideal der Smart Cities and Communities vor. Der dafür notwendige integrierte Ansatz wird jedoch ebenso außer Acht gelassen, wie Effekte auf den Arbeitsmarkt.

Problemstellung

Die Probleme sind miteinander verbunden, aber den Energie- und Ressourcenpolitiken der letzten zwei Jahrzehnte fehlt die Vernetzung. Die großen Zusammenhänge wurden außer Acht gelassen. Mehr oder weniger unabhängig voneinander wurden der Energiemarkt liberalisiert, das Kreislaufdenken in der Abfallwirtschaft eingeführt, Gebäude effizienter gemacht und erneuerbare Energien gefördert. So wurden erneuerbare Ressourcen ohne Rücksicht auf intelligente Vernetzung immer weiter ausgebaut und Ressourcenströme sind neben einander hergelaufen.

Lösungsansätze: Smart Cities und starke Stadtwerke

Wir brauchen endlich eine Politik, die auf eine integrierte Kreislaufwirtschaft hinausläuft. Auf der europäischen Ebene haben solche Ansätze in den vergangenen Monaten Gewicht bekommen: Die niederländische Ratspräsidentschaft setzt auf eine Urban Agenda für Smart Cities und z.B. die Heating and Cooling Strategy der Europäischen Kommission. Beide identifizieren Städte und Kommunen als zentrale AkteurInnen in der Planung und Schaffung zukunftsfähiger, nachhaltiger und integrierter Ver- und Entsorgungssysteme. Verbunden werden nicht nur Energie-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie Abfallkreisläufe, sondern auch Verkehrs- und Kommunikationsnetze. Konkret braucht es eine Politik, die erstens der Kommunalpolitik Mittel zur umfassenden integrierten Stadtplanung zur Verfügung stellt und zweitens Stadtwerke politisch stärkt, damit sie die umfassenden regionalen Ver- und Entsorgungsprozesse sozial gerecht erfüllen können.

I. Integrierte Stadtplanung

Die Komplexität des heutigen Systems liegt in den Zusammenhängen. Die Möglichkeit der Nutzung von Reststoffen als Rohstoffe funktioniert nur, wenn Sammlung und Bedarf aufeinander abgestimmt sind. Zeitgleich hängt die Effizienz der Energieversorgung von einer korrekten Bedarfsplanung ab. In einem integrierten System können z.B. Bioreststoffe zu Biogas verwertet werden, das dann beispielsweise genutzt wird, um den ÖPNV zu dekarbonisieren. Oder Erneuerbare Elektrizität kann genutzt werden um zum Beispiel Aluöfen zu heizen. Deren Restwärme kann wiederum genutzt werden um einen energieeffizienten Gebäudebestand zu versorgen. Damit diese Systemintegration gelingt, ist gewissenhafte Planung erforderlich. Viele Kommunen haben bereits Erfahrung in einzelnen Planungsschritten und es bestehen

gute Beispiele. Insgesamt fehlt es jedoch sowohl generell am nötigen Know-How, als auch am Austausch zwischen den AkteurlInnen. Deswegen fordern wir die stärkere Vernetzung und Nutzung bestehender Plattformen und die Entwicklung und Weitergabe von Toolboxen, die die Kommunen an ihre jeweilige Situation anpassen können.

II. Fairsorgung durch Stadtwerke

Die Stadtwerke sind ein großes Erfolgsmodell einer sicheren und preiswerten öffentlichen Daseinsvorsorge – im Besitz der regionalen Städte und Gemeinden. Für garantiert sauberes Wasser, preiswerte Elektrizität, Gas und Fernwärme sind kommunale Versorgungsunternehmen vielerorts ein Garant. Wo Qualität und öffentliche Kontrolle durch (Teil-)Privatisierungen eingeschränkt wurden, sind Fehler häufig wieder korrigiert worden: Rekommunalisierungen und sogar Stadtwerke-Neugründungen standen in den letzten Jahren vielfach auf der Tagesordnung. Für uns NRW Jusos ist das eine positive Entwicklung. Wir sehen Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen als Vorreiterinnen und Pionierinnen für den Wandel zu einer (digital-)industrialisierten, aber gleichzeitig treibhausgasneutralen Kreislaufwirtschaft. Durch ihre hervorgehobene Stellung vor Ort könnten sie schon heute – mit begrenztem Risiko – in die Geschäftsfelder von Morgen investieren. Wir NRW Jusos fordern, dass durch Subventionen, steuerliche Förderungen und Know-how-Förderungen sowie zinsfreie öffentliche Kredite Investitionen in die kommunale Ver- und Entsorgung massiv gestärkt werden.

Kultur für alle – Eckpunkte einer progressiven Kulturpolitik

Kultur – die Auseinandersetzung mit ihr, der persönliche Schaffensprozess und die kritische Rezeption – ist Bereicherung für den Menschen. In den aktuellen Entwicklungen nimmt die Kultur aber keinen angemessenen Stellenwert mehr ein: Unterfinanzierte Kommunen sind dazu gezwungen, ihre „freiwilligen Leistungen“ massiv zurückzufahren. Besonders Kultureinrichtungen sind freiwillige Leistungen innerhalb einer Kommune und werden oft als erstes weggekürzt. Die strukturelle Vernachlässigung der kulturellen Bildung führt jedoch erst zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse im Kulturbereich und dann zum Aussterben jeglichen kulturellen Lebens.

Oft wird behauptet, dass Kultur etwas sei, das außerhalb der sozialen Frage liege. Das ist falsch. In der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung war die Kultur immer wieder ein relevanter Streitpunkt. Kultur sollte als Möglichkeit der Selbstreflexion, die gesellschaftliche Entwicklungen bedingt, allen offen stehen. Die emanzipatorische Wirkung von Kultur für die proletarische Bewegung war für sie stets auch gesellschaftlicher Impuls.

Kultur – eine elementare Aufgabe des Staates

Aufgabe des Staates ist es, Kultur zu schützen und zu fördern. Durch das föderale System haben die Länder die Hoheit in der Kulturfrage. Dies gilt finanziell sowie personell zu verstärken. Dennoch ist auch eine bundesweite Abstimmungen in der Kulturförderung notwendig und kann nur durch eine gesamtstaatliche Kommunikation und Koordination in Hand des/der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erfolgen.

Die Mittelvergabe an Kulturschaffende und einzelne Kunstprojekte muss transparent und nachvollziehbar ablaufen. Auch muss den Kulturschaffenden die Bürokratie möglichst abgenommen werden. Staatliche Kulturförderung muss primär aktivierend und zugleich subsidiär sein. Kommunen sind als erste Anlaufstellen für Kulturschaffende mit ausreichend Mitteln auszustatten. Bei landes- oder bundesweiter Bedeutung von Kulturprojekten sehen wir aber auch die Länder und den Bund in der Pflicht. Die Finanzierung der staatlichen Kulturförderung soll unter anderem durch eine am Steuersystem orientierte Kulturförderabgabe gesichert werden. Die Form eines pauschalen Beitrages für Teile der Kultur (beispielsweise den Rundfunkbeitrag in seiner jetzigen Ausgestaltung) lehnen wir ab.

Dieser kooperative Kulturföderalismus muss durch Kulturfördergesetze abgestimmt werden. Diese Gesetze sollen aber keine statischen Pläne mit dem Ziel der Verwertbarkeit von

Ergebnissen sein, sondern den Kulturschaffenden Planungssicherheit geben. Es braucht daneben langfristige Kulturentwicklungspläne. Kulturförderung kann aber nicht in der Form von Top-Down-Projekten geschehen. Sie muss vielmehr aus der künstlerischen Praxis durch Selbstverwaltungsstrukturen geschehen.

Die Forderung nach Kultur für alle bedeutet, dass der Staat die Voraussetzungen dafür schaffen muss, dass alle in der Lage sind Kultur zu erfahren aber auch die zeitlichen wie örtlichen Freiräume haben, um Kultur zu schaffen. Wir fordern deshalb, dass alle ArbeitnehmerInnen in einem angemessenen Maße für kulturellen Bildungsurlaub von der Erwerbsarbeit freigestellt werden. Um die Möglichkeit kultureller Teilhabe zu erhöhen, müssen insbesondere auch öffentliche also nicht-kommerzielle kulturelle Einrichtungen flächendeckend und bedarfsgerecht vorhanden und ausfinanziert sein. Auf dem Weg zur kostenfreien Partizipation von Kultur fordern wir jetzt monatlich einen eintrittsfreien Tag für alle Kulturstätten. Dieser Tag soll es jedem Menschen unabhängig vom Einkommen ermöglichen an Kultur zu partizipieren.

Kultur – eine schutzwürdige Errungenschaft

Wesentlicher Bestandteil der Debatte um den Schutz von Kultur muss die Erinnerung an die kulturzerstörende nationalsozialistische Diktatur und den von ihr entfesselten Zweiten Weltkrieg sein. Das nationalsozialistische Deutschland hat schon 1933 mit der massiven Vernichtung von Kulturgütern begonnen und sich auch in diesem Bereich Verbrechen gegen die Menschheit schuldig gemacht. Die Verbrechen der NationalsozialistInnen mahnen uns alle zur aktiven Erinnerungskultur und zur Bewahrung der Geschichten derjenigen, die unter der Gewaltherrschaft Leid ertragen oder ihr Leben lassen mussten.

Auch deshalb wollen wir, dass in der Schule die Kernlehrpläne für künstlerisch-literarische Fächer, wie z.B. Musik, sollen durch eine kritische Auseinandersetzung mit großen Persönlichkeiten und ihren Werken ergänzt werden. Hierzu muss nicht nur die vom Kunstwerk oder Künstler gewollte Wirkung betrachtet werden, sondern auch nicht erwartete oder sogar unerwünschte Nebenwirkungen.

Eine solche Ergänzung könnte erfolgen, indem sowohl zeitgenössische als auch moderne Musik, Kunst, Literatur sowie andere mögliche Kunstformen, die Hintergründe aufweisen oder Inhalte transportieren, die kritisch von der Gesellschaft betrachtet werden, im Unterricht behandelt werden

Es ist Aufgabe des Staates, dass die Freiheit der Kultur durch ihn gesichert ist. Zugleich muss sie aber auch vor ihm gesichert sein. Zensur in jeder Form lehnen wir ab. Auch bedürfen Kulturschaffende des besonderen Schutzes durch den und vor dem Staat. Dabei ist für uns jedoch eine Grenze erreicht, wenn Kultur dazu verwendet wird, demokratiefeindliche Inhalte zu verbreiten.

Die Freiheit der Kultur wollen wir auch durch die Entkriminalisierung von Straßenkunst sichern. Das bedeutet auch, dass für uns beispielsweise das Sprühen von Graffiti keine Sachbeschädigung darstellt. Der Raum zur öffentlichen Entfaltung des künstlerischen Begehrens muss auch StraßenkünstlerInnen eingeräumt werden, solange sie dafür lediglich öffentliches Eigentum verwenden, das nicht in seiner Funktionsfähigkeit eingeschränkt wird. Daneben wollen wir aber auch das UrheberInnenrecht von Kulturschaffenden schützen. Jedenfalls für jedwede kommerzielle Verwertung von Kultur muss den Schaffenden eine angemessen Vergütung gezahlt werden. Aber auch durch den Erhalt der ermäßigten Mehrwertsteuer für kulturelle Güter wollen wir ihre Vielfalt absichern. Diese ermäßigte Mehrwertsteuer gilt es auf digitale kulturelle Angebote auszuweiten.

Kultur – ein Bestandteil kapitalistischer Erwerbsarbeit

Die sozialistische Bewegung war, ist und bleibt stets eine Bewegung der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Viele Kulturschaffende können heute ihren Lebensunterhalt nur durch unsichere Projektfinanzierungen und staatliche Unterstützungsleistungen bestreiten. Aber auch gänzlich unbezahlte Kulturarbeit ist die Regel. Prekären Beschäftigungsverhältnissen treten wir entgegen. Um diese langfristig zu verhindern, braucht es eine Festlegung von Honoraruntergrenzen für die verschiedenen Kunstformen. Wir bekennen uns aber auch zur heutigen Form der KünstlerInnensozialversicherung. Diese Form der solidarischen Finanzierung ist auf Grund der speziellen Lage der Kulturschaffenden gerechtfertigt. Zugleich fordern wir aber die Abschaffung der Ausnahmen innerhalb der KünstlerInnensozialversicherung beim Kunsthandwerk (beispielsweise für GoldschmiedInnen, InstrumentenbauerInnen, TätowiererInnen).

Kultur als Integrationsaufgabe

„Die deutsche Leitkultur ist in Gefahr“, so das Argument vieler Rechter. Doch in Wahrheit ist die Kultur allgemein in Gefahr – durch eine absolute Unterfinanzierung. Gerade auch kulturelle Angebote von und für Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte müssen

stärker gefördert werden, um so einen Abbau der gesellschaftlichen Vorurteile voranzutreiben. Ein großer Schritt zu einer gelingenden Integration ist es zum Beispiel Geflüchtete in kulturelle Angebote einzubinden, wie etwa in Musikschulen oder Sportvereine. Doch bei beiden bedarf es noch zusätzlicher Hilfe. So muss etwa im Bereich der Sportvereine ein einheitlicher Versicherungsstandard für Geflüchtete ohne Status eingeführt werden, um den Vereinen die Arbeit zu erleichtern. Auf der anderen Seite muss das Angebot interkultureller Förderung für Menschen ohne Fluchtgeschichte zunehmen, um diese zu sensibilisieren.

In Gesundheit investieren!

Die Ökonomisierung macht auch vor einem (weiteren) Kernbereich des Sozialstaates nicht halt: der Gesundheitsversorgung. Schneller, effizienter und vor allem billiger muss scheinbar alles bei uns sein, selbst das Genesen. Der Kapitalismus folgt hier seiner eigenen Logik und bringt auch Gesundheitseinrichtungen dazu, sich zunehmend an Kosteneinsparung und Leistungsreduzierung zu orientieren. Dies wird besonders deutlich seitdem die jüngste Gesundheitsreform (2004) durch das GKV-Modernisierungsgesetz in Kraft getreten ist und auch die gesundheitspolitischen Handlungsstrategien sich immer mehr auf einen Rationalisierungskurs durch Regulierungs- und Versorgungsstrukturen konzentrieren. Die Wirtschaftlichkeit steht allem voran: Sei es bei der Entscheidung der Behandlung, der Bezahlung der ArbeitnehmerInnen oder auch beim Trend unter den Krankenhäusern sich auf rentable Krankheiten zu spezialisieren. Der Gedanke zieht sich durch alle Entscheidungen im Gesundheitswesen.

Zu spüren bekommen diese Entscheidungen die PatientInnen, die sich auf lange Wartezeiten bei Terminen einrichten müssen, unterschiedliche Behandlungsmethoden oder auch ggf. nicht die nötige Aufmerksamkeit durch das Pflegepersonal oder ÄrztInnen bekommen. Zusätzlich kommt im ländlichen Raum, wo die ärztliche Versorgung und der Zugang zu dieser ohnehin Dauerthemen sind, die Problematik, dass Krankenhäuser sich spezialisieren und teilweise nur noch bestimmte Behandlungen anbieten.

Allgemeine Krankenhäuser müssen gestärkt werden. Sie sind ein Eckpfeiler der gesundheitlichen Grundversorgung. Die Tendenz, dass Allgemeine Krankenhäuser nur dann eine Überlebenschance haben sollen, wenn sie sich spezialisieren, lehnen wir ab. Darüber hinaus ist die medizinische Grundversorgung durch Erleichterungen zur Bildung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zu fördern. Diese Ärztehäuser sind gerade in Gegenden ohne Krankenhaus eine Möglichkeit, die entsprechende Grundversorgung zu

gewährleisten. Hier ist im Besonderen die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigung zu hinterfragen, die MVZ aus ideologischen Gründen tendenziell ablehnend gegenübersteht. Es darf keinen Vorrang für Privatpraxen geben!

Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit kommunaler Krankenhäuser dringend zu fördern. Während die Rhön-AG beispielsweise ein Joint Venture mit IBM eingeht, um im Bereich der digitalen Diagnostik eigene medizintechnische Produkte und Lösungen anzubieten, denken viele kommunale Krankenhäuser nicht über "Medizin 2.0" nach. Es ist geboten, an dieser Stelle enger zusammen zu arbeiten und mit Universitäten und Fachhochschulen im Bereich Medizintechnik voranzuschreiten.

Das System

Dieses Phänomen lässt sich besonders eindrucksvoll im Bereich der Krankenhäuser nachvollziehen. Seit 2003 wird ein Krankenhausaufenthalt nicht mehr nach Tagessätzen vergütet, sondern nach Pauschalen, die sich an Krankheit und deren Schweregrad der Patient*innen orientieren. Die Abkehr vom Kostenerstattungsprinzip hin zu Fallpauschalen hat dazu geführt, dass in Krankenhäusern gewinnorientiertes Denken seinen Einzug gehalten hat und dabei das Wohl der Patient*innen nicht mehr das oberste Ziel zu sein scheint. Diese grundsätzliche Neuausrichtung führt zum vermehrten Einsatz überflüssiger Behandlungen, zum Ausbau von Stationen mit lukrativen Behandlungen und zum Wegfallen ganzer eigentlich notwendiger Stationen mit Grundversorgung. Während die Fallzahlen seit Jahren kontinuierlich zunehmen, nimmt die Verweildauer im Krankenhaus kontinuierlich ab.

Möglichst viele Folgeerkrankungen nach der Einlieferung ins Krankenhaus festzustellen, bringt einem Krankenhaus höhere Gewinne. Das führt dazu, dass patientenbezogene Entscheidungen von einzelwirtschaftlichen Zielen der Krankenhäuser maßgeblich bestimmt werden.

Wir benötigen eine kostendeckende Grundversorgung in allen Krankenhäusern. Die Spezialisierung von Krankenhäusern darf nicht weiter ausgebaut werden. Wir fordern daher, einen verpflichtenden Basisleistungskatalog für Krankenhäuser einzuführen.

Der Kerngedanke der Entsolidarisierung des derzeitigen Umbaus des Gesundheitswesens in Form der voranschreitenden Privatisierung von Krankenhäusern muss gestoppt werden. Nur öffentliche Krankenhäuser können die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur und Erhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleisten. Daher fordern wir, dass alle Krankenhäuser rekommunalisiert werden.

ArbeitnehmerInnen im Gesundheitswesen

Diese Ökonomisierungstendenzen münden häufig in der Privatisierung ehemals öffentlicher Einrichtungen. Das führt auch dazu, dass sich die tatsächlichen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern. So gibt es eine Tendenz in privatisierten Krankenhäusern zur Auflösung von Tarifbindungen, was in aller Regel einhergeht mit geringeren Löhnen und höherer Arbeitsbelastung. Aber auch öffentliche Einrichtungen wenden sich unter dem vermeintlichen Kostendruck von Tarifverträgen ab. Das Nutzen-Kosten-Kalkül setzt sich auch bei den ArbeitnehmerInnen fort: Zum einen werden Stellen abgebaut, um verursachende Kosten für die Krankenhäuser einzustellen, auf der anderen Seite stehen sowohl ÄrztInnen als auch das Pflegepersonal in einem ständigen Interessenkonflikt, indem nicht nur das Wohl der PatientInnen in den Entscheidungsprozess der Behandlung miteinfließt, sondern auch die Wirtschaftlichkeit für das Krankenhaus berechnet wird.

Wir müssen die ArbeitnehmerInnen schützen. Diese sollten nicht gezwungen sein, nach ökonomischen Aspekten über das Genesen von PatientInnen zu entscheiden. Wir fordern, eine gesetzlich vorgeschriebene Mindestanzahl von PflegerInnen auf den Stationen nach der Bemessung einer modernen und aktuellen Pflegepersonal-Regelung. Wir benötigen eine Tarifbindung in öffentlichen als auch privatisierten Einrichtungen.

Die PatientInnen

Bleibt es bei dieser Entwicklung wird die frei zugängliche Gesundheitssicherung auf dem bisherigen Niveau nicht mehr für alle Bevölkerungsgruppen erreichbar sein. Vor allem ökonomisch benachteiligte Gruppen, bei denen ohnehin ein höheres Erkrankungsrisiko besteht, werden betroffen sein. Bedingt durch den unterschiedlichen Leistungsanspruch der gesetzlich krankenversicherten im Vergleich zu privat krankenversicherten PatientInnen wird die Versorgungsungleichheit weiter verstärkt. Chefarztbehandlung, Einzelzimmer, keine langen Wartezeiten auf Termine, etc. - die bessere Gesundheitsversorgung erhalten diejenigen, die "zahlungskräftiger" sind. Fakt ist, dass nicht jeder PatientIn das bekommt, was medizinisch möglich ist.

Nach unserem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit darf dies nicht der Fall sein. Daher fordern wir die Aufhebung der Zwei-Klassen-Medizin und die Einführung einer gesetzlichen BürgerInnenversicherung.

Investitionen in Gesundheit und in das Gesundheitssystem sind unablässig, um der sozial vorherrschenden Ungerechtigkeit entgegenzuwirken. Wir müssen zum einen den Ausbau der

Zwei-Klassen-Medizin verhindern, um ökonomisch schwächer Gestellte zu schützen. Zum anderen dürfen wir die ArbeitnehmerInnen mit dem, im momentanen Zustand des Gesundheitssystems, verstärkten Interessenkonflikt zwischen Wirtschaftlichkeit und Wohl der zu Umsorgenden nicht alleine lassen. Dieser Konflikt muss aufgebrochen werden und die Arbeit besser honoriert werden. Das geht für uns NRW Jusos nur einher, wenn wir der voranschreitenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens entgegentreten und in die Zukunft investieren.

Gesundheit als Thema der Integration

Aufgrund der traumatischen Erfahrungen vor und während der Flucht benötigen viele Geflüchtete psychologische Hilfe. Doch diese ist rar. Wenn hierzu noch Sprachbarrieren kommen, gibt es fast schon keine Möglichkeit mehr schnell und kostenfrei an einen Therapieplatz zu gelangen. Hier muss etwas geschehen! Daher fordern wir einen Ausbau psychologischer Beratungsstellen mit dem Schwerpunkt der Beratung von Geflüchteten. Doch auch andere Menschen mit Migrationsgeschichte haben oft eine schwierige Vergangenheit, gerade mit rassistischen Erfahrungen. Diese Problematik sollte bei einer Beantragung einer Therapie ernst genommen und eine Therapie bezahlt werden. Auch die Altenpflege wird sich in Zukunft verändern. Immer mehr ältere Menschen mit Sprachbarrieren und diversifizierten kulturellen Hintergründen haben pflegetechnische Bedürfnisse. Dieser Umstand sollte in die Ausbildung von Pflegepersonal einbezogen werden.

Unsere zentralen Forderungen im Überblick:

- Geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene schnellstmöglich in unser Bildungssystem integrieren!
- Qualitativ hochwertige Sprachförderung flächendeckend ausbauen!
- Finanzielle Sicherheit für Sozial- und Migrationsberatungen in freier TrägerInnenschaft!
- Ausreichend guten und günstigen Wohnraum für alle Menschen! Segregation und Gentrifizierung entgegenwirken!
- Bedarfsgerechte staatliche Investitionen in Modernisierung oder Ausbau von Wohnraum!
- Politische und finanzielle Unterstützung integrierter Stadtplanung!
- Stärkung der Stadtwerke und Investitionen in kommunale Ver- und Entsorgung!

- Aktivierende und subsidiäre staatliche Kulturförderung!
- Angemessene Freistellung aller ArbeitnehmerInnen für kulturellen Bildungsurlaub!
- Mindestens vier eintrittsfreie Tage in allen Kulturstätten pro Jahr!
- Prekärer Beschäftigung im Kulturbetrieb entgegenwirken und Abschaffung der Ausnahmen innerhalb der KünstlerInnensozialversicherung!
- Medizinische Grundversorgung in allen Allgemeinen Krankenhäusern statt Spezial-Krankenhäuser durch Einführung eines Basisleistungskatalogs sowie Förderung von Medizinischen Versorgungszentren statt Privatpraxis-Fetisch!
- Für eine Übertragung aller Krankenhäuser in öffentliche Hand
- Aufhebung der Zwei-Klassen-Medizin und Einführung der BürgerInnenversicherung!
- Interessenkonflikt zwischen PatientInnenwohl und Wirtschaftlichkeit für Beschäftigte im Gesundheitswesen ausräumen!
- Kultur- und sprachensible Pflege fördern!
- Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in Daseinsvorsorge!

LA2 Stahl ist Zukunft – Stahl gehört zur Zukunft

Stahl ist Zukunft – denn die immer nachhaltigere europäische Stahlproduktion ist Voraussetzung für eine schnelle Energiewende, durch die Millionen gute Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden können. In Solidarität mit den Beschäftigten der Stahlindustrie und der IG Metall – als gewerkschaftliche Gestaltungskraft der Arbeitnehmer*innen – fordern wir deshalb größtmögliche politische Anstrengungen auf allen Ebenen, um die aktuelle Strukturkrise der Stahlindustrie abzuwenden.

Die europäische Stahlindustrie leidet unter den gleichzeitigen Auswirkungen einer geringen Nachfrage und weltweiter Überkapazitäten. Darüber hinaus sieht sie sich mit hohen Energiepreisen und einem hohen Bedarf an Investitionen konfrontiert, die sie tätigen muss, wenn ihr die Anpassung an eine „ökologische“ Wirtschaft gelingen und sie auf nachhaltige Weise innovative Produkte herstellen soll. Die Branche leidet unter einem dramatischen Verfall der Stahlpreise und muss daher Einsparungen vornehmen. Dennoch ist die EU nach wie vor der zweitgrößte Stahlerzeuger der Welt mit einer Produktion von über 177 Mio. t Stahl jährlich – was 11 % der weltweiten Produktion entspricht – und mit über 360 000 Beschäftigten. Die europäische Stahlindustrie sichert nicht nur gute Arbeitsplätze mit starker gewerkschaftlicher Mitbestimmung; eine immer nachhaltigere Stahlproduktion ist eine zentrale Voraussetzung für den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft: Stahl ist der Werkstoff, aus dem die Energiewende gemacht wird. Hochleistungswindkraftanlagen, Solarpanel oder leichte Verkehrsmittel – die vielen technologischen Wege in eine gute Zukunft setzen Hochleistungsstahl voraus. In Zahlen: Stahl spart die sechsfache Menge an CO₂ ein, die bei seiner Produktion entsteht.

Die Stahlindustrie versorgt wichtige Industriezweige wie z.B. die Automobilindustrie, den Maschinen- und Anlagenbau sowie die Bauindustrie. Auch im Bereich der technologischen Innovationen ist Stahl bedeutend, weil in vielen Branchen Stahl als Werkstoff dient. In der EU befinden sich 500 Produktionsstandorte in 23 Mitgliedstaaten, so dass die Stahlindustrie nicht nur in der Vergangenheit eine wichtige Rolle für die europäische Wirtschaft war, sondern dies auch heute noch ist. Mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat das europäische Projekt seinen Anfang genommen.

Angaben der OECD zufolge wird die weltweite Stahlnachfrage bis 2025 auf 2,3 Mrd. t ansteigen, vor allem im Baugewerbe, Verkehr und Maschinenbau und insbesondere in den aufstrebenden Volkswirtschaften. Es kommt entscheidend darauf an, dass die Stahlindustrie in

der EU dafür gerüstet ist, die Vorteile dieses wettbewerbsorientierten Marktes in vollem Umfang zu nutzen.

Stahl und weitere Werkstoffserzeugnisse sind wichtige Komponenten der industriellen Wertschöpfungskette – gerade für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Stahl ist zu 100% recycelbar und das wichtigste Ausgangsmaterial in der Wertschöpfungskette des verarbeitenden Gewerbes.

Der Standort des Ruhrgebietes ist nach wie vor elementar für die Stahlerzeugung in Europa. Etwa die Hälfte des erzeugten Rohreisens und ein Drittel des Rohstahls in Deutschland werden hier produziert. Die jährliche Produktion beläuft sich auf rund 15 Millionen Tonnen Stahl. Die größten Arbeitgeber*innen haben ihren Sitz in Duisburg (ThyssenKrupp, ArcelorMittal Ruhrort, HKM). Dort arbeiten knapp 18.000 Menschen. Hinzu kommen viele Menschen, die in Subunternehmen wie z.B. in Zulieferbetrieben oder auch bei Abnehmern beschäftigt sind.

Jedoch ist die Stahlindustrie einem starken globalen Wettbewerb ausgesetzt. Stahlimporte aus China und deren Preisdumping sowie die geplante Verschärfung des ETS Abkommens auf europäischer Ebene setzen die hier ansässige Stahlindustrie enorm unter Druck (z.B. wegen zu schnellen Forderungen nach weiteren Emissionsreduktionen). Zudem kommen die hohen Belastungen für Arbeitnehmer*innen hinzu, denn es ist und bleibt körperliche Schwerarbeit und sie sind enormen Lärm, Staub und Hitze ausgesetzt.

Erstmalig 2005 in Kraft getreten, verfolgt das Emissionshandelssystem (ETS) das Ziel, klimapolitische Verbesserungen in Bezug auf Treibhausgase herbeizuführen. Dabei soll der Ausstoß von bspw. CO₂ von Unternehmen verringert werden, indem die Höhe der Emissionsverminderung erzwungen wird, jedoch die Unternehmen weiterhin selbstständig darüber entscheiden können auf welche Weise die Verminderung stattfindet. Erfasste Unternehmen brauchen für jede Tonne emittiertes CO₂ ein von der EU ausgegebenes Zertifikat. Die Zertifikate sind zwar unbegrenzt gültig, jedoch wird die Menge an neu zu erwerbenden Zertifikaten pro Jahr minimiert. Diese werden in einer bestimmten Menge frei zugeteilt und bei darüberhinausgehendem Bedarf versteigert. Das ETS ist an die Handelsperioden der EU angelehnt, um möglichst längerfristige Investitionssicherheiten zu gewährleisten. Die Verringerung der frei zugeteilten Zertifikate bedeutet für die Stahlindustrie weitere Verschärfungen durch immense Kostenerhöhungen bedingt durch weitere Zertifikate. Diese Kostenerhöhungen müssen an anderer Stelle eingespart werden und setzen auch hart erkämpfte Arbeitsbedingungen unter Druck.

Fehlende Handelsschutzzinstrumente (TDI – Trade Defense Instruments) lassen die europäische Stahlindustrie hinter ihrer internationalen Konkurrenz zurück. Der Stahlimport in die Europäische Union, besonders aus China, hat enorm zugenommen: Einerseits wird der Großteil des bspw. chinesischen Stahls auf den Märkten zu Dumpingpreisen angeboten, andererseits kann die Europäische Stahlindustrie den Exportmöglichkeiten nicht gerecht werden. Auf dem EU-Markt streben Unternehmen von Drittländern erhebliche Anteilsgewinne durch „gepumpte“ oder subventionierte Niedrigpreise. Die Europäische Union muss faire Wettbewerbsbedingungen wiederherstellen können.

Aufgrund dieser enormen Probleme hat das Europäische Parlament Ende 2014 den Aktionsplan der Europäischen Kommission beschlossen. Diesem Plan nach soll die Stahlindustrie dabei unterstützt werden, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und durch die Förderung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung das Fundament für die künftige Wettbewerbsfähigkeit legen. Es soll sichergestellt werden, dass die EU-Stahlproduzenten einen fairen Zugang zu Dritthandelsländern erhalten, sowie die Nachfrage nach innereuropäischen Stahlhandel angekurbelt werden. Umweltfreundliche Innovationen, Energieeffizienz und nachhaltige Produktionsprozesse sind bedeutend für den Erhalt von Stahlerzeugnissen, die wiederum von grundlegender Bedeutung für andere europäische Schlüsselindustrien sind. Der Aktionsplan sieht ebenfalls gezielte Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung in der Stahlindustrie sowie die Sicherung der Attraktivität und hochqualifizierter Arbeitskräfte in Europa vor.

Die Forderungen des Stahlaktionsplan sind gute Ansätze, die für uns als Jusos einhergehen müssen sind mit Investitionen in die Zukunft und allem voran Erhalt der Industrieregion des Ruhrgebietes. Wir solidarisieren uns mit den Forderungen der IG Metall und den Gewerkschaften, die am Stahl-Aktionstag ein starkes Zeichen gesetzt haben.

Wir müssen die Arbeitnehmer*innen schützen, indem gute Arbeitsplätze nicht nur bestehen bleiben und qualitativ verbessert werden. Neue hochwertige Arbeitsstellen müssen entstehen. Die Ausbildung von Fachkräften genießt ein hohes internationales Ansehen – die Qualität muss nicht nur aufrechterhalten werden, sondern sollte auch unter Aspekten des Arbeitnehmer*innenschutzes durch die schwere Arbeitsbelastung in den Fokus gerückt werden. Wir fordern Antidumpingmaßnahmen sowie den Zugang zu einem fairen Markt ein. Wir dürfen den Klimaschutz nicht außer Acht lassen, dennoch muss das ET-System bezüglich der Effizienz überdacht werden. Durch massive staatliche Forschungs- und Entwicklungsförderung für Technologien zur CO₂-Minimierung und Reduzierung der



Energiekosten sollten Unternehmen Anreize gemacht werden. Für den Klimaschutz einzustehen ist immens wichtig, jedoch sollte die europäische Stahlindustrie, die in diesen Schutz investiert, nicht bestraft werden. Wir betonen an dieser Stelle unsere Forderung nach neuen Initiativen für eine faire globale Handelsordnung, in der für alle gleiche Rahmenbedingungen und soziale wie ökologische Standards gelten.

Als NRWJusos fordern wir umfassende Zukunftsinvestitionen: Sonst verfallen Krankenhäuser, Schulen, Verkehrs- und Transportwege – auch die Grundlagen für eine nachhaltige Industrie. Um den sozial-ökologischen Umbau voranzutreiben, dürfen wir die moderne Schwerindustrie nicht gefährden. Stahl ist Zukunft. Und die Zukunft gibt es nicht für lau!

LA3 Endlich mehr Demokratie wagen- wir kämpfen weiter: Für das Wahlrecht ab 16 in NRW!

Die NRW Jusos beschließen folgende Resolution:

Endlich mehr Demokratie wagen- wir kämpfen weiter: Für das Wahlrecht ab 16 in NRW!

Nach zwei Jahren intensiver Beratung zu den zentralen Änderungen der Verfassungsreform für NRW konnten sich SPD, Grüne, CDU und FDP nicht auf ein gemeinsames Reformpaket einigen- Knackpunkt war vor allem die Einführung des Wahlrechts ab 16, dessen Einführung von CDU und FDP blockiert wurde. Durch das Scheitern dieser Reform werden weiterhin rund 350.000 Jugendliche in NRW vom Wählen ausgeschlossen- und damit von ihrem Menschenrecht auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ihres Landes durch unmittelbare Gestaltung oder von frei gewählten VertreterInnen (Art. 21 Allg. Erklärung der Menschenrechte).

Jugendliche als künftige Generation der Zukunft!

Wir NRW Jusos werden uns auch weiterhin nicht von unserer Überzeugung abbringen lassen, dass auch 16- und 17-Jährige das Recht haben sollen an Landtagswahlen teilzunehmen, denn sie sind ein gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft und müssen als künftige Generation der Zukunft in jetzige politischen Entscheidungen so gut wie möglich eingebunden werden- wer heute gefasste Beschlüsse morgen einmal ausbaden muss, der/die soll auch schon heute und nicht erst morgen mitbestimmen dürfen! Dass Armin Laschet und die CDU diese Rechnung nicht nachvollziehen können zeigt einmal mehr wie rückwärtsgewandt die CDU ist, der die politische Meinung der Jugendlichen in NRW anscheinend völlig egal ist. Auch die FDP beweist, dass sie nicht im Stande ist, Liberalismus und die freie Selbstbestimmung von Jugendlichen durch ein Wahlrecht für sie nicht logisch miteinander verknüpfen zu können.

Bereits erfolgreiches Wahlrecht ab 16!

Schaut man über den Tellerrand NRW hinaus, dann fallen direkt Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein als Bundesländer auf, die das Wahlrecht ab 16 bereits erfolgreich durchführen- als jüngstes Beispiel Hamburg: Bei der Hamburgischen Bürgerschaftswahl 2015 durften erstmals auch 16- und 17-Jährige mitwählen- mit einer



Beteiligung von über 50% stellten sie sogar die größte WählerInnengruppe der WählerInnen unter 34. Auch in den anderen Bundesländern funktioniert das Wahlrecht ab 16 erfolgreich. Die positiven Erfahrungen stärken uns NRW Jusos in unserer Entschlossenheit: Die Teilnahme von 16- und 17-Jährigen Jugendlichen an Landtagswahlen sind ein Gewinn für unsere Gesellschaft hin zu einer offeneren Demokratie.

Landesgrenzen überwinden- auch beim Wahlrecht ab 16!

Wir erkennen Jugendliche unter 18 Jahren auch über jegliche Landesgrenzen hinweg als Teil unserer Gesellschaft an, der ein ausreichendes Demokratiebewusstsein besitzt um wählen gehen zu können, deshalb fordern wir parallel zum Wahlrecht ab 16 bei Landtagswahlen ebenfalls das Wahlrecht ab 16 auf allen Ebenen, d.h. von der Kommunal- und Landtagswahl über die Bundestagswahl bis zur Europawahl.

Ein „Schade“ reicht nicht: Der Kampf muss weitergehen!

Die gescheiterte Reform des Wahlrechts ermuntert uns NRW Jusos umso mehr, auf allen Ebenen und mit politischen BündnispartnerInnen wie der Grünen Jugend weiterhin für das Wahlrecht ab 16 zu streiten. Auch innerhalb der SPD gilt es darauf zu pochen, die Forderung nach einem Wahlrecht ab 16 als zentrale Forderung in das Regierungsprogramm der NRWSPD aufzunehmen. Unser Ziel bleibt eine gesellschaftliche sowie parlamentarische Mehrheit für ein Bekenntnis zu einer offeneren Demokratie mit der direkten Einbeziehung von Jugendlichen durch eine Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Bereits Willy Brandt erkannte diese Notwendigkeit und senkte 1970 mit einem fast einstimmigen Bundestagsbeschluss das aktive Wahlrechtsalter von 21 auf 18 sowie das passive Wahlrechtsalter von 25 auf 21, wodurch über 2 Millionen JungwählerInnen zwischen 18 und 21 bei den Bundestagswahlen 1972 das erste Mal wählen gehen durften.

Wir NRW Jusos werden uns auch 46 Jahre später innerparteilich und öffentlichkeitswirksam mit BündnispartnerInnen für eine erneute Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf allen Ebenen einsetzen- damit wir endlich mehr Demokratie wagen!

A6 Den Wandel des Arbeitens bewusst entwickeln.

Thesen für eine fortschrittliche Politik für und mit arbeitenden Menschen

T1: Es gibt keine zufriedenstellende sozialdemokratische Antwort auf die Fragen der Gegenwart.

Totgesagte leben länger; das gilt auch für die menschliche Geschichte. In der gegenwärtigen Situation geschehen enorme historische Entwicklungen. Globalisierung, Individualisierung und Digitalisierung werden von den Menschen als prägende Elemente ihres Lebens empfunden. Als treibende Kraft hinter diesen Entwicklungen wird die Durchsetzung des Neoliberalismus gesehen. Daraus ergibt sich das Bedürfnis, sich mit dem Neoliberalismus auseinanderzusetzen und ihn zu kritisieren. Die häufig gezogene Schlussfolgerung ist dann die Forderung, sich den beschriebenen Entwicklungen entgegenzustemmen, oder sie wenigstens in ihrer Wirkweise umzuformen. Dabei werden häufig nur die negativen Folgen, wie bspw. eine zunehmende Entfremdung, in den Blick genommen. Und tatsächlich haben diese Entwicklungen viele negative Folgen für die Menschen. Die Beschäftigten sehen sich im Rahmen ihrer Arbeitstätigkeit einem zunehmenden Leistungsdruck ausgesetzt, der Eindruck, in einer sich immer schneller fortbewegenden Gesellschaft zu leben, nimmt zu. Und viele von uns fühlen sich trotz Internet und globaler Kommunikation anderen Menschen gegenüber fremder als je zuvor. Es hat viele Versuche gegeben, diese tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklungen als Trends der Gegenwart zu erklären und einen politischen Umgang mit ihnen zu finden. Woran es bislang aber fehlt, ist eine sozialdemokratische Antwort auf die Fragen der Gegenwart, die den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht bloß hinterherläuft und sie im Nachhinein zu verstehen versucht. Die gegenwärtigen Entwicklungen werfen Fragen auf, die einer sozialdemokratischen Antwort bedürfen, die die Gegenwart unter ihren geschichtlichen Vorzeichen begreift und eine politische Perspektive für die zukünftigen Entwicklungen aufzeigt.

Die nachfolgenden Thesen stellen den Versuch einer Diskussionsgrundlage für eine solche Antwort dar. Sie sind keine fertige Antwort, sondern (vorläufige) Thesen, die Ausgangspunkt für eine Diskussion um eine Antwort auf die aufgeworfenen Fragen sein sollen. Unsere Art und Weise zu arbeiten prägt die Gesellschaft, in der wir leben und stellt ihre Grundlage dar. Wollen wir die Gegenwart verstehen, müssen wir uns mit unserer derzeitigen Art und Weise des

Arbeitens auseinandersetzen – das ist eine der Grundvoraussetzungen der nachfolgenden Thesen. Eine weitere Grundvoraussetzung ist die Annahme, dass der Wandel des Arbeitens, den wir derzeit beobachten können, der Grund für eine Vielzahl gesellschaftlicher Entwicklungen ist. Nur, wenn wir uns mit dem Wandel des Arbeitens auseinandersetzen, werden wir die Arbeit der Gegenwart begreifen und nur so die gegenwärtigen Entwicklungen verstehen. Dieser Anforderung möchten die folgenden Thesen entsprechen und daher einen Diskussionsbeitrag zur Debatte um die Arbeit der Gegenwart leisten.

T2: Ab der Mitte des 20. Jhdts. beginnen die Beschäftigten eine neue produktive Kraft zu entwickeln.

Die aktuellen Entwicklungen finden ihren jüngsten Ausgang in einer Neuorganisation der Arbeit, die Mitte des 20. Jahrhunderts begann. Damals standen Unternehmen im Silicon Valley vor dem Problem, technische Innovationen produzieren zu müssen, von denen niemand wusste, wie sie auszusehen hatten. Die Beschäftigten sollten technologische Produkte in Richtung auf Computer und Internet erfinden. Die Unternehmen waren aber nicht in der Lage, ihren Beschäftigten Anweisungen zu geben, wie und was sie erarbeiten sollten – das gewünschte Produkt war schließlich den Vorgesetzten selbst ebenso unbekannt wie den Beschäftigten. Um mit diesem Problem umgehen zu können, begannen die Beschäftigten, sich nicht mehr einzeln, sondern in Teams Gedanken zu machen, wie sie die benötigten Produkte entwickeln könnten. Aus dieser spontanen Teamarbeit heraus erwuchs nach und nach eine Arbeitsform, in der die Beschäftigten in Teams zusammenarbeiteten und sich dabei nicht nur Gedanken darüber machten, welche Innovationen oder Produkte sich ausdenken ließen, sondern unbewusst auch darüber, wie sie am besten zusammenarbeiten sollten, um möglichst viele Innovationen hervorzubringen. Die Unfähigkeit der Unternehmen und Vorgesetzten, den Beschäftigten direkte Anweisungen zu erteilen, führte also dazu, dass die Beschäftigten begannen, sich selber Gedanken über ihre Arbeitstätigkeit zu machen, sowie darüber, was und wie sie gemeinsam produzieren sollten, und möglichst produktive Formen der Zusammenarbeit zu erarbeiten. Diese Form des Arbeitens in Teams erwies sich bald als eine überaus produktive. Aus der Not der Unternehmen, Produkte entwickeln zu müssen, von denen noch niemand eine Vorstellung hatte, haben die Beschäftigten also eine neue produktive Kraft entwickelt. Sie hatten eine neue Fähigkeit entwickelt, durch die Reflexion über ihre eigene Arbeit mit möglichst wenig Kraft- und Zeitaufwand eine größtmögliche Menge gesellschaftlichen Reichtums zu produzieren.

T3: Die neue Arbeitsform der Beschäftigten setzte sich bald als produktivere durch.

Ausgehend von der erfolgreichen Arbeit in Teams im Silicon Valley verbreitete sich diese neue Form der Arbeitsorganisation rasch. Die Unternehmen erkannten nach und nach, dass die Beschäftigten wesentlich produktiver arbeiteten, wenn sie keine direkten Weisungen durch ihre Vorgesetzten erhielten, sondern sich selber mit dem Sinn und der Organisation ihrer Arbeit auseinandersetzten. Hatten einmal einige Unternehmen die neue Form der Arbeitsorganisation etabliert, waren die anderen Unternehmen gezwungen, dem Beispiel zu folgen, wollten sie nicht hinter der erfolgreicheren Konkurrenz zurückbleiben. Die neue produktive Kraft der Beschäftigten zwang die Unternehmen so dazu, sich an sie anzupassen. Mit der Durchsetzung der neuen Form der Arbeitsorganisation sahen die Unternehmen sich vor der Frage, wie sie sie möglichst profitabel für ihren unternehmerischen Zweck, den Gewinn von Profit, nutzen konnten. Aus dem Versuch, auf diese Frage eine Antwort zu finden, entwickelte sich ab den 90er-Jahren ein ganzer Wirtschaftszweig, die Unternehmensberatung. Zweck der Unternehmensberatung war und ist es, den Unternehmen eine Antwort darauf zu geben, wie sie die neue produktive Kraft der in Teams zusammenarbeitenden Beschäftigten möglichst profitabel für ihre Zwecke einsetzen können.

T4: Die Unternehmen nutzen die indirekte Steuerung, um die produktive Kraft der Beschäftigten in ihre eigenen Bahnen zu lenken.

Die Unternehmensberatungen präsentierten den Unternehmen als Antwort Konzepte, die als die Theorie der „indirekten Steuerung“ bezeichnet werden. Bei der indirekten Steuerung nehmen sich die Unternehmer*innen in ihrer Rolle als direkte Weisungsgeber*innen zurück. Sie üben das durch den Arbeitsvertrag ihnen zustehende Recht, den Beschäftigten genaue Anweisungen über die von ihnen zu verrichtenden Tätigkeiten erteilen zu können (Direktionsrecht), nicht aus. Stattdessen beschränken sie sich darauf, den Beschäftigten Rahmenbedingungen für ihre Arbeit vorzugeben. Diese Rahmenbedingungen werden auch als Umwelt bezeichnet. Die Unternehmen fassen ihre Beschäftigten z.B. in Teams von durchschnittlich ca. 8 Beschäftigten zusammen (manchmal nach sehr naheliegenden Kriterien, manchmal scheinbar willkürlich) und setzen diese Teams in eine Umwelt. Diese Umwelt besteht bspw. aus der Menge der Produkte, die ein Team im Zeitraum einer Woche zu produzieren hat, oder der Anzahl an Kund*innenkontakten, die die Beschäftigten einer Bank pro Tag zu erledigen haben. Sie kann weiter bestehen aus Arbeitsbedingungen, oder aus

Beziehungen zu anderen Einheiten desselben oder eines anderen Unternehmens, die die Beschäftigten bei ihrer Arbeit eingehen müssen.

Die Zusammenarbeit der Teams in einem Unternehmen ist dabei von zwei entgegengesetzten Tendenzen bestimmt. Zum einen arbeiten die Mitglieder eines Teams zusammen, sie kooperieren also miteinander und versuchen, ihre Funktion für das Unternehmensinteresse möglichst gut zu erfüllen. Dabei arbeiten sie auch mit anderen Teams zusammen. Diese Beziehungen werden jedoch durch die indirekte Steuerung unter Druck gesetzt, indem jedes Team seine Ziele verfolgt, ohne zu berücksichtigen, was das für die Kolleg*innen in anderen Teams bedeutet. In einem Unternehmen, das Autos herstellt, gibt es bspw. ein Team, das für den Kund*innen-Kontakt zuständig ist, Bestellungen entgegennimmt und sie an ein Team in der Produktion weiterleitet. Um seine eigenen Leistungsziele zu erfüllen, verspricht das erste Team den Kund*innen häufig völlig unrealistische Ausliefertermine, die von der Produktion überhaupt nicht einzuhalten sind. Entsprechend unter Druck gesetzt, werden die in der Produktion tätigen Teams ihr Bestes geben, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen. Dadurch setzen sie wiederum die Teams, die für die Zulieferung von Einzelteilen oder für die Lagerung der Halbprodukte zuständig sind, unter Druck. An diese Teams wird nun die Anforderung gestellt, mit der Produktion schrittzuhalten. Neu an dieser Form der Kooperation ist, dass die Menge der zu fertigenden Produkte, der zu liefernden Teile usw. nicht mehr zentral durch die Unternehmensleitung übernommen wird. Die Unternehmensleitung überlässt diese Funktion den Teams, die ihren jeweiligen Bedarf an die anderen Teams weiterleiten; so setzen sich die Teams direkt gegenseitig unter Druck. Die Unternehmensleitung kann diesen Druck noch erhöhen, indem sie einen direkten Kund*innen-Kontakt ermöglicht. Haben die Kund*innen die Möglichkeit, direkt Kontakt zur Produktion aufzunehmen und nachzufragen, wann ihr Produkt fertig wird, erhöht das den Druck auf die Beschäftigten enorm, ohne dass er als Druck von Seiten der Unternehmensleitung erscheint. Die Unternehmensleitung nutzt so die Kooperation der Teams untereinander, um Druck auf sie zu erzeugen, der als ein von außen kommender erscheint, nicht als ein von der Unternehmensleitung gewollter. Zum anderen arbeiten die verschiedenen Teams teilweise gegeneinander, sie konkurrieren miteinander. Ein Beispiel für Konkurrenz innerhalb eines einzigen Unternehmens ist die Konkurrenz zwischen verschiedenen Standorten. Das Unternehmens-Management gibt an die Teams an verschiedenen Standorten (bspw. Deutschland und China) dieselben Informationen: es gebe ein neues Produkt, für das ein Produktionsstandort gesucht werde. Den Zuschlag erhalte der Standort, der die Produktion

für die geringsten Kosten organisieren könne. Das Management schafft so eine Umwelt, in der die Beschäftigten gezwungen werden, ihre produktive Kraft einzig für den unternehmerischen Zweck, die Senkung von Kosten und die Erhöhung des Profits einzusetzen. Ähnliche Prozesse lassen sich auch innerhalb eines Teams selber beobachten. Das Management nimmt bspw. gezielt einzelne Leute aus dem Team heraus (oder lässt den Zufall für sich arbeiten, wenn einzelne Mitglieder des Teams krank werden) und schafft so eine Umwelt, in der die Teammitglieder gezwungen sind, noch effizienter zu arbeiten, da sie das gleiche Arbeitspensum mit einer Person weniger bewältigen müssen.

T5: Durch die indirekte Steuerung schränken die Unternehmensleitungen die produktive Kraft der Beschäftigten ein auf den unternehmerischen Zweck: den Profit zu erhöhen.

Die indirekte Steuerung schafft eine Umwelt, aufgrund deren die Beschäftigten sich in ihren Teams erarbeiten, was sie zu tun haben. Durch die indirekte Steuerung kontrolliert die Unternehmensleitung also nicht unmittelbar die Beschäftigten, sondern ihre Beziehungen, und damit mittelbar, was die Beschäftigten tun. Dadurch werden die Beziehungen der Beschäftigten untereinander mit dem unternehmerischen Zweck, Gewinne zu machen, belastet. Dies ist möglich, da die Beziehungen der Beschäftigten eines kapitalistischen Unternehmens dadurch zustande kommen, dass die Unternehmen die Arbeitskraft der Beschäftigten kaufen und sie kombinieren, d.h. die Beschäftigten zusammenbringen. Auf diese Weise gehören die Beziehungen der Beschäftigten untereinander zunächst den Unternehmen und sind von ihnen bestimmt.

An sich würde die Auseinandersetzung der Beschäftigten mit der gemeinsamen Arbeitstätigkeit verschiedene Gesichtspunkte umfassen, so etwa ökologische und Gender-Gesichtspunkte sowie soziale und ökonomische Aspekte. Von diesen verschiedenen Gesichtspunkten ist für das Unternehmen in aller Regel aber nur der des größtmöglichen Profits von Interesse. Die Unternehmensleitungen nutzen also die Formen indirekter Steuerung dazu, die Auseinandersetzung der Beschäftigten mit ihrer Arbeitstätigkeit auf den Zweck des kapitalistischen Unternehmens einzuschränken: die Gewinnmaximierung.

T6: Die indirekte Steuerung belastet die Beschäftigten enorm und führt häufig zu Stress und Burnout.

Die indirekte Steuerung durch die Unternehmensleitungen nutzt die Unbewusstheit der sozialen Beziehungen der Beschäftigten dazu, um mittelbar zu kontrollieren, wie sich die

Beschäftigten verhalten. Die Unbewusstheit der Beziehungen, die zugleich mittels der indirekten Steuerung unter Druck gesetzt werden, hat gravierende Auswirkungen auf die Gesundheit der Beschäftigten. Bei der Arbeit in Teams müssen die Beschäftigten vielfältig miteinander interagieren und dabei auf die Individualität der einzelnen Teammitglieder eingehen. Da die Arbeitsschritte nicht mehr wie die Fließbandarbeit vereinfacht sind, werden die individuellen Eigenschaften der Teammitglieder wichtig, um als gesamtes Team den Herausforderungen, die die Unternehmensleitungen ihnen als Umwelt präsentieren, gewachsen zu sein. Häufig ist es von Vorteil, wenn es in einem Team eine Führungspersönlichkeit, eine*n Socialiser*in, ein Organisationstalent, eine abwägende und eine vorpreschende Persönlichkeit usw. gibt. Die individuellen Stärken der Teammitglieder kommen in unterschiedlichen Situationen zur Geltung und führen so dazu, dass das Team neuen, noch unbekannten Herausforderungen gewachsen ist und innovativ auf sie reagieren kann. Das macht die Stärke des Teams aus. Obwohl hier die individuellen Stärken der Menschen zur Geltung kommen und jedes Individuum für das Team wichtig ist, sind die Individuen unter der indirekten Steuerung nicht an sich wichtig. Die individuellen Eigenschaften der Beschäftigten sind nur insofern wichtig, als sie dem Profit des Unternehmens dienlich sind. Sie werden daher von den Individuen abgelöst und als Momente der Zusammenarbeit mit anderen in den Teams genutzt. Dadurch fühlen sich die Beschäftigten gezwungen, diese Eigenschaften an den Tag zu legen, damit die Zusammenarbeit optimal funktioniert. Den Beschäftigten wird in Teambuilding-Prozessen vorgespiegelt, dass sie selber in ihrer Individualität für die Unternehmen und das Team von enormer Wichtigkeit sind. Sie spüren aber, dass sie nur wichtig für den Profit des Unternehmens sind und leiden darunter.

Ebenso leiden die Beschäftigten darunter, dass die Beziehungen zwischen ihnen vom unternehmerischen Zweck belastet werden. In der Teamarbeit übernehmen die Teammitglieder gemeinsam unternehmerische Funktionen, die ihnen bisher von den Unternehmensleitungen und den Vorgesetzten abgenommen wurden. Sie bestimmen gemeinsam, was und wie sie arbeiten sollen, stellen Regeln darüber auf und setzen diese Regeln als Team gegen die Mitglieder des Teams durch. Dabei bauen die Teammitglieder viele Beziehungen untereinander auf, die sie vorher nicht hatten. Der Arbeitsplatz und die Arbeit selbst werden so zu einem Ort, an dem soziale Beziehungen hergestellt und gepflegt werden. Allerdings sind diese Beziehungen immer schon belastet von dem Zusammenhang in dem sie entstehen, und dem Zweck, dem sie dienen: der Profitmaximierung. Allerdings sind

diese Beziehungen immer schon belastet von dem Zusammenhang in dem sie entstehen, und dem Zweck, dem sie dienen: der Effizienzmaximierung und der Profitmaximierung. Die Beschäftigten bauen soziale Beziehungen untereinander auf, müssen sich dabei aber darauf beschränken, diese Beziehungen zur Verfolgung des unternehmerischen Zwecks zu nutzen. Diese Einseitigkeit der Beziehung belastet die Beschäftigten stark.

Während bisher die Unternehmer*innen das Weisungsrecht gegen die Beschäftigten ausgeübt haben, fällt diese Weisung durch die Unternehmer*innen unter den Bedingungen der indirekten Steuerung weg. Es fallen aber nicht die Weisungen überhaupt weg. Diese Rolle übernehmen nur heute die Beschäftigten selber. Setzen sie als Team „Weisungen“ gegen die Teammitglieder durch, kommen die Weisungen nicht nur von einer anderen Stelle, sondern stellen sich auch als wesentlich effektiver heraus. Es ist relativ einfach, sich den übertriebenen Weisungen direkter Vorgesetzter zu widersetzen. Fordern die Vorgesetzten bspw., dass die Beschäftigten über die vertraglich vereinbarte Stundenzahl hinaus arbeiten, können sich die Beschäftigten auf den Arbeitsvertrag berufen und im Zweifelsfall den Betriebsrat einschalten. Wesentlich schwieriger sieht es aus, wenn die „Weisungen“ vom Team kommen. Zum einen widerspräche man sich selbst, wenn man sich den Weisungen widersetzt, die man als Teammitglied selber beschlossen hat (auch dann, wenn man persönlich dagegen war und gestimmt hat). Zum anderen werden die Team-Weisungen mit einem Druck durchgesetzt, den die Vorgesetzten nie erzeugen könnten. Dieser Druck ist der soziale Druck, den die Teammitglieder untereinander aufbauen. Die moralische Verpflichtung, die die Teammitglieder durch die gemeinsamen Regeln eingehen, bindet sie stärker als der Arbeitsvertrag. Und auch die Bestrafung, die die Teammitglieder erfahren, wenn sie sich den Regeln dauerhaft widersetzen, indem sie sozialen Sanktionen ausgesetzt sind, wirkt noch stärker als die Drohkraft, die von den Bestrafungsmöglichkeiten der Unternehmen ausgeht. Was den Unternehmen aber noch mehr in die Hände spielt, ist die Tatsache, dass es gegen diese Sanktionen und Drohungen kein vertragliches Mittel gibt. Gegen Gruppenzwang und soziale Sanktionen helfen Beschwerden über Vorgesetzte, juristische Hilfsmittel und (noch) der Gang zum Betriebsrat selten weiter. Gegen diesen gruppendynamischen Druck hilft es nur, ihn im Team selber zu reflektieren.

T7: Die Unternehmen haben keine Alternative.

Wir schon.

Dass die Beschäftigten unter den neuen Formen der Arbeitsorganisation leiden, liegt nicht an der neuen produktiven Kraft selber. Das Belastende an diesen neuen Formen sind vielmehr die Unbewusstheit und Unbeherrschtheit der neuen produktiven Kraft. Durch die Beschäftigung mit der eigenen Arbeit in Teams haben sich die Beschäftigten eine breite Palette neuer Möglichkeiten erschlossen. Sie können sich nicht nur Gedanken über die Profitabilität ihrer Arbeit machen. Reflektieren die Beschäftigten über Form und Sinn ihrer Arbeit, begreifen sie ihre Arbeit als gesellschaftliche. Sie können sich Gedanken machen über die Auswirkungen der Arbeit auf die Arbeitenden selber. Aber sie können sich auch Gedanken über die sozialen und ökologischen Folgen ihrer Arbeit oder die Berücksichtigung von politischen und Gender-Aspekten machen. Die Forschungsabteilung in einer Chemiefabrik bspw. kann sich überlegen, ob ein Produkt, das sie erfinden will, nicht auch umweltverträglicher gestaltet werden könnte. Das für den Einkauf zuständige Team eines Kaffeeunternehmens kann sich Gedanken darüber machen, welche sozialen Folgen es für die Produzent*innen vor Ort hat, wenn sie ihnen bloß das Mindeste für deren Produkt zahlen.

All diese Überlegungen finden aber in der gegenwärtigen Arbeitswelt keinen Platz – und wenn, dann nur am Rande. Das liegt nicht daran, dass die Beschäftigten dazu nicht in der Lage wären. Zahlreiche Initiativen und Projekte zeigen, dass die Beschäftigten diese Fähigkeit längst erworben haben. Dass eine Beschäftigung mit der eigenen Arbeit häufig nur sehr einseitig, profitorientiert erfolgt, liegt an den Unternehmen. Die Unternehmen haben die neue produktive Kraft der Beschäftigten erkannt und müssen sie für sich nutzbar machen.

Die einzige Art und Weise aber, wie Produktivität sich für die Unternehmen auszahlt, ist die in Form von Profit. Eine andere Alternative haben sie nicht. Im globalen Wettstreit der Unternehmen miteinander ist die einzige Richtlinie, nach der sie sich vergleichen können, die des Profits. Ein Unternehmen, das seinen Profit nicht beständig zu erhöhen in der Lage ist, geht in der Konkurrenz unter.

Die Beschäftigten aber haben eine Alternative. Wir haben eine Alternative. Anders als die Unternehmen sind die Beschäftigten nicht an die Profitabilität ihrer Arbeit gekettet. Der Zweck ihrer Arbeit ist es, die menschliche Gesellschaft zu erhalten und fortzuentwickeln. Jede*r Beschäftigte nimmt dabei einen bestimmten Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ein. In den letzten Jahrhunderten hatten die Unternehmen die Funktion, im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung die Produktion unter Berücksichtigung der

gesellschaftlichen Anforderungen an ihre jeweilige Branche möglichst ökonomisch, d. h. zugleich möglichst profitabel zu gestalten. Sie bestimmten darüber, wer wo was zu arbeiten hatte. Ihr Interesse an Profit war die ökonomische Form, durch die sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung in regelmäßig krisenhaften Prozessen „von selbst“ – wenn man so will – „regulierte“. Mittlerweile geben die Unternehmen diese Funktion mehr und mehr an die Beschäftigten ab. Die Beschäftigten lernen, selber zu erkennen, wie sie ihre Arbeitskraft gesellschaftlich sinnvoll und angemessen einsetzen können und sollen. Sie lernen, selbst ihre Arbeitskraft im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einzusetzen und so nach und nach die gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung zu koordinieren. Die kapitalistischen Unternehmen beschränken diese Fähigkeit der Beschäftigten jedoch auf den ihnen durch die ökonomische Form vorgegebenen Zweck, die Erhöhung der Profitabilität.

T8: Wir müssen die neue produktive Kraft der Beschäftigten verstehen und die Möglichkeiten zu ihrer vollen Entfaltung schaffen.

Wenn die produktive Kraft der Beschäftigten ihnen unbewusst bleibt und daher bislang nur einseitig entwickelt wird, müssen wir dafür sorgen, dass sie in ihrer Allseitigkeit zur Geltung kommt und sich vollständig entfaltet. Bisher können die Beschäftigten ihre Fähigkeit nicht vollständig einsetzen, da sie dabei an die von den Unternehmen gesetzten Schranken stoßen. Wollen wir das gesamte Potential, das in der neuen produktiven Kraft steckt, zur Entfaltung bringen, müssen wir sie in ihrer Allseitigkeit begreifen und sie umfassend entwickeln. Wie Stephan Siemens und Martina Frenzel in ihrem Buch „Das unternehmerische Wir“ herausarbeiten, müssen wir verstehen, woher die neue produktive Kraft kommt, ihre Auswirkungen begreifen und sie zu entfalten lernen. Wir als Sozialdemokrat*innen müssen uns eingehend mit ihr und den neuen Arbeitsorganisationsformen beschäftigen und uns eine eigene theoretische Auffassung und politische Haltung dazu erarbeiten.

Wie wir lernen müssen, die neue produktive Kraft zu verstehen, müssen das auch die Beschäftigten. Längst haben sie die produktive Kraft entwickelt und die Fähigkeit, sie zu verstehen und zu entfalten, sich angeeignet. Doch müssen sie sich ihre neue Fähigkeit noch zu Bewusstsein bringen, um sie allseitig beherrschen zu lernen. Dieser Prozess kann durch staatliches Handeln gefördert werden.

- So muss es betriebliche Schulungen geben, in denen die Beschäftigten in der Analyse von Teamprozessen, in Teampsychologie, in der Theorie der indirekten Steuerung

usw. geschult werden, um ein Bewusstsein von den Prozessen zu gewinnen, die sich in den Unternehmen abspielen. Bildungsseminare, wie sie die Initiative „Meine Zeit ist mein Leben“ anbietet, bieten hierfür einen Anknüpfungspunkt.

- Zu demselben Zweck muss in den Unternehmen ein Freiraum für die Beschäftigten geschaffen werden, in denen sie über die soziale und ökologische Dimension ihrer Arbeit diskutieren können. Die Beschäftigten lernen so die Allseitigkeit ihrer produktiven Kraft begreifen.
- Ebenso muss den Beschäftigten Freiraum geschaffen werden, um sich über die Differenz zwischen der arbeitsvertraglich vereinbarten und der tatsächlich von ihnen geleisteten Arbeitszeit auszutauschen. Die Ergebnisse dieser Diskussion und Reflexion der Beschäftigten untereinander können vom Betriebsrat schließlich in die Verhandlungen mit den Unternehmen eingebracht werden.
- Dafür muss die Verständigung über die Voraussetzungen der Teamarbeit in die zwischen Betriebsrat und Unternehmen zu treffenden Absprachen gem. § 87 Abs. 1 Nr.3 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) aufgenommen werden.
- Als Folge der immer stärker zunehmenden Fälle von Burnout und Stress wurde die psychische Belastung am Arbeitsplatz in die Liste der Gefahren aufgenommen, gegen die die Unternehmen gem. § 5 Arbeitsschutzgesetz (ASchuG) Vorsorge zu leisten haben. Eine Kampagne des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unter dem Slogan „Gesund zusammen arbeiten“ könnte die Beschäftigten über entsprechende Risiken am Arbeitsplatz aufklären und sie so für die belastenden Folgen der indirekten Steuerung sensibilisieren.
- Die bislang noch übliche unterschiedliche Stellung von Leiharbeiter*innen, Werkvertrags-Beschäftigten und anderen prekär Beschäftigten gegenüber der Stammbeflegschaft muss gesetzlich verboten werden. Unter den Bedingungen der indirekten Steuerung werden die vorgenannten Beschäftigten-Gruppen häufig von der Stammbeflegschaft als Verursacher*innen sozial nicht beherrschbarer Tendenzen in der Dynamik der Teams angesehen und daher angefeindet. Oft wollen Beschäftigte zuverlässige und langandauernde soziale Beziehungen in ihrer gemeinsamen Arbeit und sehen nicht-reguläre Beschäftigte als störende Eingriffe in den sozialen Charakter ihrer Zusammenarbeit. Diesem Unbehagen und dem daraus entstehenden Mangel an Solidarität muss durch gesetzliche Verbote der Ungleichstellung von Beschäftigten entgegengetreten werden.

- Die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit muss bewusst gemacht und wertgeschätzt werden. Die Beschäftigten setzen sich während des Arbeitens mit der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Arbeit auseinander. Dadurch leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren unserer Gesellschaft. Zur Wertschätzung dieses Beitrages gehört eine der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Arbeit angemessene Bezahlung.
- Unter der indirekten Steuerung werden Beschäftigte gegeneinander ausgespielt. Das betrifft sowohl Beschäftigte unterschiedlichen Geschlechts oder unterschiedlicher Standorte. Das betrifft aber auch Beschäftigte unterschiedlicher Generationen. Die älteren Beschäftigten weigern sich häufig, sich von Jüngeren „Anweisungen“ geben zu lassen, oder von ihnen zu lernen. Sie haben oft das Gefühl, dass die Jüngeren sie aus ihren Berufen verdrängen. Dieser Entsolidarisierung der Beschäftigten untereinander müssen wir entschieden entgegenreten. Wir als Beschäftigte müssen unsere Interessen gemeinsam und solidarisch vertreten.

T9: Die produktive Kraft der Beschäftigten treibt über die Schranke des Profit-Strebens hinaus.

Durch die neue produktive Kraft der Beschäftigten hat sich die Produktivität der Wirtschaftsräume, in denen sich das Prinzip der indirekten Steuerung durchgesetzt hat, enorm gesteigert. Bisher konnte die neue produktive Kraft aber nur in einer beschränkten Weise genutzt werden. Sie war immer beschränkt auf das Streben nach Profit. Von den vielen Seiten, die die produktive Kraft zu bieten hat, wurde erst eine zur Geltung gebracht. Die Beschäftigten, einmal im Bewusstsein ihrer neuen Fähigkeit, wollen diese aber voll zur Geltung bringen und sie allseitig entfalten. Wo sie heute noch die Grenzen durch die Beschränkung auf das Profit-Streben spüren, wollen sie darüber hinaus. Und wo sie um die in ihnen liegenden Möglichkeiten wissen, wollen sie diese vollständig entfalten. Ihre neu erlernte Fähigkeit, die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit zu erkennen und die sozialen und ökologischen Folgen davon abschätzen zu können, will ausprobiert werden. Solange Arbeit unter der Voraussetzung des Profit-Strebens geschieht, können die Beschäftigten ihre produktive Kraft aber nicht zur Geltung bringen. Solange die Unternehmen sie in ihre Bahnen lenken, bleibt sie beschränkt. Soll die produktive Kraft voll zur Entfaltung gebracht und die produktiven Fähigkeiten der Beschäftigten vollumfänglich entwickelt werden, ist das nur möglich, wenn dies auch Zweck der Unternehmen ist – sie also nicht (oder zumindest nicht mehr in erster

Linie) nach Profit streben. Die Befreiung der Beschäftigten, ihre umfassende Autonomie, macht sie gesellschaftlich produktiv, und die Unternehmen sind gefordert, den Beschäftigten den Raum, die Bedingungen und die Möglichkeit zu bieten, ihre produktiven Kräfte zu entfalten und gemeinsam beherrschen zu lernen. Die gesellschaftlichen Kräfte unterstützen die Beschäftigten in diesem Prozess, indem sie Anforderungen ökologischer, geschlechtergerechter sozialer und kultureller Art an die Arbeitstätigkeit der Beschäftigten formulieren und zur Geltung bringen. Sie haben, da die Beschäftigten die Fähigkeiten zur Erfüllung dieser Anforderungen besitzen, daher ein Interesse an der umfassenden Auseinandersetzung der Beschäftigten mit ihrer Arbeitstätigkeit. Es liegt also an den Unternehmen, ob sie weiter die produktive Kraft der Beschäftigten beschränken oder ihnen die Möglichkeit eröffnen, sie allseitig zu nutzen. Und es liegt an den gesellschaftlichen Kräften, ob sie die Voraussetzungen schaffen, damit die Beschäftigten ihre Fähigkeiten vollständig entfalten können.

Der Gang der Geschichte wird zeigen, dass die neue produktive Kraft der Beschäftigten sich nicht dauerhaft beschränken lässt. Was zu entscheiden ist, ist die Frage nach dem Umgang mit der Entwicklung der produktiven Kraft. Sie wird entweder von den Beschäftigten in den derzeitigen Schranken unbewusst weiterentwickelt werden. Durch diese Entwicklung hervorgerufene Trends wie Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung würden weiterhin als fremde, von außen kommende verstanden; die bisher zu beobachtenden Folgen wie Entfremdung, Leistungsdruck etc. würden dabei zunehmen. Oder aber dieser Prozess wird bewusst erarbeitet: Der Wandel des Arbeitens wird von den Menschen bewusst entwickelt. Sie lernen, wie sie zusammen arbeiten und ihre produktive Kraft gesellschaftlich produktiv gebrauchen können. Die Beschäftigten werden den Wandel des Arbeitens vollziehen, und es liegt an uns, ob wir uns ihm entgegenstemmen oder ihn bewusst unterstützen, für eine Gesellschaft, in der wir bewusst gesellschaftlich zusammen arbeiten.

B3 Politikunterricht in der Schule stärken

Die NRW Jusos fordern den Gesellschafts- & Politikunterricht in allen Schulformen stärker zu gewichten, um der Jugend politisches Geschehen auf einfache Art näher zu bringen. Einerseits soll die Wochenstundenzahl erhöht werden, andererseits soll die inhaltliche Gestaltung des Politikunterrichts grundlegend verändert werden. In den Lehrplänen und in der Praxis im Schulalltag spielt die politische Bildung kaum eine Rolle. Um Politik den Schüler*innen näher zu bringen, eignen sich praktische Lernmethoden, wie etwa Planspiele, die das theoretische Wissen auf ein festes Fundament bringen sollen. Dafür müssen auch Lehrer*innen pädagogisch besser ausgebildet werden. Im Studium muss Methodik, wie Politik lebensnah vermittelt werden kann, eine größere Rolle spielen. Gleichmaßen sollten Lehrer*innen neben bundespolitischen und landespolitischen Themen auch auf kommunalpolitische Ereignisse eingehen. Dies ist besonders wichtig, da junge Leute zu Kommunalpolitik oftmals ein besseren Zugang haben. Dabei kann auch das Zusammenspiel von (Kommunal-)Politik auf der einen Seite und Verwaltung auf der anderen Seite erläutert werden.

In der politischen Bildung sollte auch die Politik selbst mehr in die Verantwortung genommen werden. Die Politiker, besonders Ratsmitglieder*innen oder Bezirksvorsteher*innen, sollen offensiv an die Schulen herantreten, um die Politik aus der Praxis heraus näher zu bringen. Und letztlich darf es nicht auf den Ausbau des Politikunterrichts und der politischen Bildung beschränkt bleiben, wenn wir darüber hinaus auch eine stärkere politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erreichen wollen, denn dies lässt sich nicht in einem Abwasch erledigen. Diese Beteiligung erschöpft sich nicht darin, Kinderstube für „erwachsene Politik“ zu sein, denn das wäre ein Fehlschluss. Beteiligung hat einen Selbstzweck, wenn auch politische Bildung und die Förderung eines demokratischen Bewusstseins ein positiver Nebeneffekt davon sein können. Ziel muss es sein, die Umverteilung von Einflussmöglichkeiten und Freiräumen innerhalb der Gesellschaft voranzutreiben: Von der Gestaltung der öffentlichen Infrastruktur, wie beispielsweise Spiel- und Sportplätzen, über den konkreten Einfluss auf die gesellschaftlichen Bildungsangeboten in Schulen und Kitas, direkte Mitbestimmung in politischen Gremien, wie Ausschüssen oder Parlamenten, bis hin zur vollkommen eigenständigen Organisation von für sie bestimmte Räumen und Zentren

B6 Inklusion- mehr als nur ein Wort

Der Landesausschuss der NRW Jusos beschließt, die Landtagsfraktion der NRWSPD aufzufordern, darauf einzuwirken, die finanziellen Mittel freizusetzen, die für eine angemessene sonderpädagogische Betreuung im Zuge der schulischen Inklusion notwendig sind. Mithilfe dieser freigesetzten Mittel sollen u.a. folgende Ziele erreicht werden:

1. Gewährleistung von ausreichend multiprofessionellen Teams in Inklusionsklassen mithilfe von mehr Einstellungen von LehrerInnen sowie SchulsozialarbeiterInnen.
2. Eine verbesserte qualitative sowie quantitative Weiterbildung von Regelschulkräften.
3. Eine für SchülerInnen und LehrerInnen entlastende Anpassung des Klassenfrequenzwerts von Inklusionsklassen, vor allem mit Berücksichtigung von Unterbesetzungen.
4. Bereitstellung von genügend finanziellen Mitteln für Schulen zur Gewährleistung der Barrierefreiheit an Schulen.
5. Schaffung von einheitlichen Mindeststandards zur schulischen Inklusion an den Schulen unter Berücksichtigung des Sozialindex.



B7 Verfügungsstunde für alle!

Die NRW Jusos beschließen, dass an allen staatlichen und staatlich anerkannten Schulen in Nordrhein Westfalen eine Verfügungsstunde in den Stundenplan aller SchülerInnen der Sekundarstufe I einzugliedern ist, in der Platz für Gespräche über schulalltägliche Probleme bestehen soll. Die LehrerInnen werden dazu angehalten, diese Verfügungsstunde auch wirklich als solche zu nutzen und Unterrichtsinhalte fernzuhalten.

F3 Handlungsspielraum schaffen! – Mit der Petition von pink stinks geschlechtsdiskriminierende Werbung verbieten

Die NRW Jusos unterstützen die Petition von pink stinks gegen Sexismus in der Werbung.

Was läuft falsch?

Wir alle kennen sie. Sehen sie zu hunderten aus den Augenwinkel im Vorbeifahren, hören sie im Radio oder finden sie beim Zappen in der Glotze: Die Frau am Herd, wie sie eine warme Mahlzeit für ihre Lieben bereitet, der Mann der schweigend Fußball schaut, unfähig über seine Gefühle zu sprechen. Gezeigt werden hier stereotype Geschlechtsmuster, die einem Geschlecht eine bestimmte Rolle zuweisen.

Und dann gibt es da noch die nackten Körper. Auf Waschmaschinen, Parkettböden, neben Tiernahrung, unter Schuhen, auf Särgen. Wenn sie keinerlei Bezug zum Produkt haben, zum Beispiel weil Badeshorts oder Dessous verkauft werden, ist es eine reine Blickfangwerbung, eine Werbung bei der Personen zu Objekten degradiert werden, um Aufmerksamkeit für das Produkt, den Sarg oder Bodenbelag zu generieren.

OK, könnte man sagen. Nervt zwar irgendwie aber was soll's, könnte man sagen. Das sagen wir aber nicht. Das sagen wir deshalb nicht, weil Werbung, wie alles andere auf der Welt was wir konsumieren, – bewusst oder unbewusst – Einfluss auf unser Denken, Handeln und Fühlen hat. Wie sollte es auch nicht? Wie sollten wir unbeeindruckt bleiben, wenn wir ständig und immer wieder nicht irgendwelche, sondern genau die gleichen stereotypen Bilder von Frauen und Männern, von Jungs und Mädchen sehen? Wie sollten wir auf die Idee kommen, dass Frauen Lust auf Autofahren, Männer auf Sekt haben, wenn uns ständig nur das Gegenteil gezeigt wird.

Derzeit kontrolliert der Werberat das bunte Treiben der Werbenden. Doch ihr Handlungsspielraum ist denkbar begrenzt. Halten sie eine Werbung für diskriminierend, bleibt ihnen nur eine öffentliche Rüge als stärkste Sanktion. Schwer vorstellbar, dass sich Großkonzerne hiervon beeindrucken lassen.

Wie sollte es laufen?

Wenn wir ernst meinen was wir sagen, nämlich dass wir Diskriminierung überall und in jeder Form ablehnen, dann müssen wir diesen Bereich (wie wir es bereits mit vielen anderen tun)

regeln. Wir müssen dem Werberat ein Instrument an die Hand geben, das es ihm ermöglicht, mehr als leere Drohungen auszusprechen. Wenn eine Werbung mittels diskriminierender Geschlechterdarstellungen beworben wird, ist das ebenso unerwünscht und unlauter, wie wenn mir unwahren oder unrealistischen Versprechen geworben wird. Das letzteres bereits lange verboten ist, leuchtet ein. Wir wollen in keiner Gesellschaft leben, in der Produkte mit Eigenschaften angepriesen werden, die sie eigentlich nicht besitzen. Wir NRW Jusos sagen: Wir wollen auch in keiner Gesellschaft leben, in der mit der Lüge der Geschlechterrolle und mit verobjektivierten Körpern Produkte beworben werden, die damit eigentlich nichts zu tun haben.

Grundsätzlich ist die Petition ja gut, aber das zweite Komma im dritten Absatz...

Spoiler: Der von pink stinks vorformulierte Gesetzestext wird niemals eins zu eins so umgesetzt werden. Das liegt einfach an den Prozessen, wie Gesetze in unserer Demokratie geschaffen werden. Es würden Ausschüsse gebildet und Arbeitskreise besetzt werden, die verschiedene Vorschläge vorbereiten, vielleicht inspiriert von dem vorliegenden Text, vielleicht auch nicht. Am Ende kommt ein Kompromiss bei raus. Wichtig ist, dass der Kern der Botschaft erhalten bleibt, auf die genaue Formulierung haben wir (derzeit) sowieso keinen Einfluss.

Und dann wird die Welt besser?

Wer weiß das schon? Nein im ernst, uns ist klar, dass die Werbung nur ein kleiner Ausschnitt unserer Gesellschaft ist, und das Sexismus damit nicht sofort und endgültig beendet wird. Unsere Welt ist nun mal komplex. Wir werden von vielen unterschiedlichen Dingen beeinflusst. Das hat uns bisher allerdings noch nie aufgehalten, für etwas zu kämpfen und das sollte es auch nicht.

Klar könnten wir versuchen, die ganze Bäckerei auf einmal zu kapern. Um sie zu übernehmen, können wir uns auch jedes Brötchen einzeln schnappen.

F4 Selbstverständlichkeit sexueller Gleichberechtigung durch Umgestaltung der Ampelanlagen stärken

Die NRW Jusos beschließen, dass bei Lichtsignalanlagen für FußgängerInnen künftig auf die Darstellung von menschenähnlichen Figuren komplett verzichtet wird, um einer Politisierung der Gestaltung dieser Anlagen entgegenzuwirken. Alternativ kann bei der Gestaltung auf Symbole oder Zeichen zurückgegriffen werden. Die Voraussetzungen, um diese Ampelanlagen insoweit umzugestalten oder neu herzustellen, müssen ermöglicht und vereinfacht werden.

G1 Freier Zugang zu Verhütungsmitteln

Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Verhütungsmitteln für Minderjährige kostenfrei gestaltet wird. In konkreter Umsetzung sollen dafür in Apotheken, Jugendzentren, Schulen und an weiteren Stellen zumindest nicht-pharmakologische Verhütungsmittel kostenfrei an junge Menschen bis zur Kindergeldgrenze ausgegeben werden. Dies soll möglichst so gestaltet werden, dass keine sozialen oder persönlichen Barrieren aufgebaut werden. Finanziert werden soll dies aus Mitteln der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Dies würde einen niedrigschwelligen und sozial gerechten Zugang zu Verhütungsmitteln darstellen und somit in dem mit dem höchsten Ausmaß an Risikoverhalten behafteten Altersabschnitt eine Möglichkeit zur Minimierung von Risiken bieten.



G2 Künstliche Befruchtung ermöglichen

Wir fordern, dass die Leistungen der künstlichen Befruchtung von jeder krankenversicherten Frau in Anspruch genommen werden kann, wenn es ihr gesundheitlicher Zustand erlaubt. Die derzeitige Beschränkung auf lediglich verheiratete Paare ist abzulehnen und das Gesetz entsprechend anzupassen.

Der Zuschuss der Krankenkasse richtet sich nach den finanziellen Möglichkeiten der Versicherten und kann bis zu 100% betragen. Die Möglichkeit einer künstlichen Befruchtung darf nicht vom Geldbeutel der werdenden Eltern abhängen.

G3 Impfnachweis für Aufnahme im Kindergarten

Wir fordern die SPD-Fraktion im Landtag auf, eine gesetzliche Regelung zu erarbeiten, nach der für die Aufnahme von Kindern in Kindergärten und Kindertagesstätten ein Impfnachweis erforderlich ist. Die Impfungen sollen – entsprechend der Empfehlung der Ständigen Impfkommission des Robert-Koch-Institutes – zumindest gegen Masern, Röteln, Mumps, Tetanus, Diphtherie, Hepatitis B, Pertussis, Humane Influenzae Typ b, Poliomyelitis, Pneumokokken, Rotaviren, Meningokokken C und Varizellen vorliegen. Die Kosten für die Impfungen müssen von den Krankenversicherungen getragen werden.

Ausnahmen von dieser Nachweispflicht sind nur bei Vorliegen diagnostizierter medizinischer Gründe gegen die Impfung möglich.

N4 Keine Schweinereien mit dem Grundwasser

Verdrecktes und unreines Grundwasser wird meist mit Entwicklungsländern in Verbindung gebracht. Das aber auch Industriestaaten, vor allem durch Eigenverschulden, oft aber ebenfalls davon betroffen sind ist vielen nicht bewusst.

Und gerade, dass Überdüngung durch landwirtschaftliche Mastbetriebe daran einen großen Anteil haben scheint in Deutschland ein Tabuthema zu sein.

Durch Düngung mit Gülle gelangt derzeit ein Überschuss an Nährstoffen unter anderem an Nitrat in das Grundwasser, da die meist schon überlasteten Böden diese nicht mehr aufnehmen können.

Nitrat ist eine chemische Verbindung, welche in geringen Mengen für das Wachstum von Pflanzen benötigt wird und sich daher positiv auswirkt. In zu hoher Konzentration wandelt sich Nitrat allerdings zu Nitrit, welches krebserregend ist und die Sauerstoffversorgung im Körper behindert. Dies ist gerade für Säuglinge ein unüberschaubares Risiko, da es zu erhöhter Erstickungsgefahr führt.

Deswegen hat die Europäische Union eine Richtlinie beschlossen, welche einen Grenzwert im Grundwasser von 50 mg/L Nitrat vorschreibt.

Kontrolliert wird dies durch 31 Tausend Messstellen in ganz Europa.

Auch in Deutschland gibt es einige dieser Messstationen. Dadurch kam heraus, dass der Durchschnittswert zwar bei 20 mg/L (2012, im Vergleich 1972 lag der Wert bei 13 mg/L) liegt aber auch nur, weil das Grundwasser durch komplexe Aufbereitungsprozesse gereinigt wird. (Zum Beispiel wird belastetes Wasser mit nicht belastetem Wasser gestreckt um die Konzentration zu senken. Eine andere Möglichkeit ist es das Nitrat mittels chemischen Prozess zu entfernen.) Dieses verursacht Kosten in Höhe von rund 8 Milliarden Euro, welche auf den Verbraucher umgelegt werden. Prognosen besagen, dass diese finanzielle Belastung in Zukunft auf bis zu 25 Milliarden Euro ansteigen wird.

Daraus wird ersichtlich, dass punktuell diese Grenzwerte nicht eingehalten werden. Deutschland verstößt damit gegen geltendes EU-Recht. Ein Verfahren durch die Europäische Union ist bereits eingeleitet.

Auch wenn die deutsche Bundesregierung versucht dagegen vorzugehen, indem 2018 eine Art Hoftorbilanz für große, heimische Betriebe eingeführt werden soll so ist dies eher ein trauriger Versuch des Problems Herr zu werden. Abgesehen davon, dass 2018 zu spät ist und es nicht ausreichend ist nur die größten Betriebe darum zu bitten, gibt es zur Zeit noch kein

ausgearbeitetes Konzept wie man sich die Wiedereinführung der Hoftorbilanz vorstellt. Das ist nicht zufriedenstellend.

Dabei gibt es gesellschaftlich wünschenswertere Alternativen zur Ausbringung von Gülle auf die Felder: Zum Beispiel die Verarbeitung in Biogasanlagen. Dank seiner Abfalleigenschaft kann Gülle trotz des geringen Energiebetrages bei geeigneter gesetzlicher Steuerung großflächig zu Biogas verarbeitet werden. Der so gewonnene erneuerbare Energieträger kann wiederum in seiner Grundform oder als Biomethan zur Wärme- und Stromgewinnung oder im Transportbereich verwendet werden, um dort fossile Brennstoffe zu ersetzen.

Woher kommt diese Masse an Gülle?

Niedersachsen beispielsweise produziert selbst knapp 60 Millionen Tonnen Gülle jährlich. Um die geforderten Grenzwerte (50 mg/L) wenigstens einigermaßen einhalten zu können, werden 15,6 Million Tonnen in die benachbarten Bundesländer verteilt.

Dazu kommen allerdings weitere 100.000 Tonnen aus den Niederlanden nach Niedersachsen. Gerade Bundesländer mit Grenzen zu anderen Europäischen Staaten (vor allem Grenzgebiete zu den Niederlanden und Dänemark) sind von Grenzwertüberschreitungen betroffen.

Nordrhein-Westfalen hatte Beispielsweise 2012 eine Einfuhr von 1,4 Millionen Tonnen. Das ist eine Verdoppelung zu dem Wert von 2010. Ein Großteil kam wie bereits vorhergehend schon angesprochen aus den Niederlanden.

Dort und auch in Dänemark werden die Agrarabfälle durch bestimmte Reglementierungen kontrolliert.

In Deutschland war das Äquivalent dazu die 2007 durch die Schwarz-Rote Bundesregierung abgeschaffte Hoftorbilanz.

Diese Bilanz ist eine Art input-output Buchhaltung. In ihr wird bilanziert wie viel Futter und Dünger/ Gülle eingekauft wird und was in welcher Form den Hof wieder verlässt.

Dafür wird alles in Stickstoffeinheiten umgerechnet und mit der vorhandenen Fläche verrechnet, sodass Überschüsse die ins Grundwasser gelangen könnten deutlich gemacht werden.

Mit dem Wegfall dieser Bilanz in Deutschland wurde der Güllehandel lukrativer und damit noch einmal attraktiver für unsere Nachbarstaaten.

Für ein Kubikmeter kann abhängig von der Entfernung bis zu 18 Euro von dem Abnehmenden gefordert werden.

Zum Vergleich liegt der Durchschnittsgewinn bei dem Verkauf von Schweinen pro Tier bei 18 Euro. Dies steht in keinem Verhältnis.

Um den Gewinnverlust auszugleichen oder den Gewinn vielleicht sogar zu steigern expandieren Mastanlagen stark.

Durch die Zunahme in den Mastbetrieben kommen neben der Nitratbelastung weitere Probleme hinzu. Abgesehen von den grausamen Bedingungen für die Tiere wie Schnäbel kürzen bei Hühnern oder kupieren der Schwänze bei Schweinen, wirkt sich der übermäßige Einsatz von Antibiotika ebenfalls negativ auf die Reinheit des Grundwassers aus.

So konnten bereits an einigen Messstellen neben erhöhten Nitratwerten auch übermäßig hohe Dosierungen von Antibiotika nachgewiesen werden.

Wir, die NRW Jusos, sprechen uns daher für eine sofortige Wiedereinführung der Hoftorbilanz verpflichtend für alle aus.

Der Bund ist verantwortlich für die Ausarbeitung eines nachhaltigen Systems, welches es erstens inländischen Betrieben unmöglich macht die Grenzwerte zu überschreiten und zweitens welches die Einfuhr aus dem Ausland kontrolliert. Bei einem Verstoß muss die Bundesregierung bereit sein Sanktionen zu erlassen.

Die Sanktionen müssen so hoch ausfallen, dass kein wirtschaftlicher Nutzen aus dem Handel mit Gülle mehr gezogen werden kann! Zusätzlich müssen die Grenzwerte einen Abbau von Massentierhaltung fördern und zum Senken der Tierzahlen in Betrieben beitragen!

Trotzdem entstehende Überschüsse sollen in Biogasanlagen verarbeitet werden, anstatt weiterhin auf den Feldern zu landen.

Der Bund soll ein grundsätzliches Umdenken in der Gesellschaft fördern. „Heutzutage kennen die Leute von allem den Preis und nicht den Wert.“, dieses Oscar Wilde Zitat beschreibt die katastrophale Haltung der Gesellschaft, welche wir strikt ablehnen!

Die Hoftorbilanz ist ein erster Schritt hin zu einer Gesellschaft, die nachhaltig ihre Ressourcen verwaltet und sich der Verantwortung für diese und nächste Generationen bewusst ist!

O2 Antrag auf Öffnung des Parteikonvents

Die SPD möge beschließen, dass aus dem Organisationsstatut unter § 28 Zusammensetzung und Einberufung des Parteikonvents Absatz 6 „streicht und durch „(6) Der Parteikonvent tagt parteiöffentlich und gibt sich eine Geschäftsordnung.“ ersetzt.“ „ersatzlos gestrichen wird.

Der Parteikonvent ist das zweithöchste Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er findet ein- bis zweimal jährlich statt und fällt wichtige Beschlüsse für die SPD. Da ein ordentlicher Parteitag einen hohen organisatorischen Aufwand darstellt, der mit hohen Kosten verbunden ist, hat sich der Parteikonvent, als kleineres, aber trotzdem effektiv arbeitendes Gremium, bewährt.

In einem Punkt jedoch ist der Konvent rückständig: er tagt für gewöhnlich nichtöffentlich. Für eine moderne Partei ist dies ein Problem, denn es verhindert die Einbindung der Parteibasis an den wichtigen Beratungen und Entscheidungen, die dort stattfinden und gefällt werden.

Eine Partei, die ihr Fundament stärken und möglichst viele Mitglieder aktivieren möchte, sich engagiert und motiviert einzusetzen, sollte niemanden von solch einer bedeutenden Veranstaltung ausschließen. Wahlkämpfe können nur mit Hilfe der Basis bestritten und gewonnen werden; es kommt buchstäblich auf jeden Ortsverein an. Doch nur wer die Mitglieder das ganze Jahr über einbindet und teilhaben lässt, kann auch auf Engagement im Wahlkampf hoffen.

Die SPD hat nicht zuletzt durch das Mitgliedervotum zur Großen Koalition gezeigt, dass sie die mitgliederfreundlichste Partei Deutschlands ist. Doch darauf darf man sich nicht ausruhen, Basisnähe und Antizipation gilt es stetig zu verbessern und gegebenenfalls auszubauen.



O3 Parteiinterne Demokratie stärken: Direktwahl von Kanzler*innenkandidat*innen und Parteivorsitzenden

Wir fordern:

1. Die Kanzler*innenkandidat*innen für die kommenden Bundestagswahlen werden durch eine Abstimmung von Parteimitgliedern nominiert.
2. Das gleiche Verfahren soll bei der Nominierung eines*r Parteivorsitzenden angewandt werden, sofern der Vorsitz neu gewählt wird oder ein Parteitag/-konvent dies mit der Mehrheit seiner Delegierten beschließt.
3. Nur bei der Abstimmung über die Kandidatur zur Kanzler*innenschaft sollen auch interessierte Nichtmitglieder nach einer Registrierung bei der Partei vor Ort und gegen einen kleinen finanziellen Beitrag teilnehmen dürfen.



O4 Urwahl ist ein MUSS für eine/n Kanzlerkandidatin/en

Die Nominierung der Bundeskanzlerkandidatin oder des Bundeskanzlerkandidaten durch eine Direktwahl aller SPD-Mitglieder ist für uns ein Muss.

Es soll eine tatsächliche Entscheidungsmöglichkeit für die Basis zwischen mehreren BewerberInnen geben. So kann der Kandidat/die Kandidatin sich der Unterstützung einer breiten Basis in der Partei bewusst sein. Außerdem bekommen dadurch die SPD-Mitglieder, die Möglichkeit einer echten innerparteilichen Mitbestimmung in einer entscheidenden Personalfrage.



O5 50% Quotierung von Mandatsträger_Innen auf Parteitag und Parteikonvente

Die Jusos setzen sich innerhalb der SPD dafür ein, die Anzahl von Mandatsträger_Innen als stimmberechtigte Delegierte auf Landes und Bundesparteitagen sowie Parteikonventen auf **maximal 50%** zu begrenzen.

Dies bedeutet, dass **mindestens 50%** der Delegierten auf Bundes- und Landesparteitagen, sowie dem Parteikonvent **keine** MandatsträgerInnen sein dürfen.

Als Mandatsträger_Innen gelten Mitglieder des Bundestages, der Landtage und des Europaparlaments.

O6 Rückkehr zur Basis zur Stärkung der Grundprinzipien der SPD

Die Jusos fordern

1. dass parteiintern geführte Debatten einen Einfluss auf die Parteipolitik bekommen und nicht weiterhin von der Parteispitze paternalistisch ignoriert und übergangen werden.
2. eine Politik, die nicht von der Parteispitze herunterdiktiert wird und daher den aktiven Basismitgliedern die Möglichkeit genommen wird, für diese einzustehen.
3. eine langfristige Sondierung von Rot-Rot-Grün als Regierungsoption.
4. dass jedes Mitglied der SPD die eigenen Funktionäre in Form von MDLs und MDBs und Vorsitzenden scharf beobachtet und abstrafft, falls ein Wandel in der Parteipolitik „von oben“ eintritt.
5. eine gezielte, bereits jetzt zu planende, Neuaufstellung des kompletten Bundesparteivorstandes, der Bundesparteispitze und des Präsidiums zur nächsten Legislaturperiode.
6. einen Bundesvorstand, der die längerfristigen Interessen der Partei zum Ziel hat und eine Politik verfolgt, die der Bevölkerung erklärbar mit den Grundprinzipien der SPD vereinbar ist.

Zur Begründung:

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind dehnbare Begriffe, die viel enthalten können. Sie müssen sich den Fortschritten der Gesellschaft und der Technik anpassen. Politik für einen starken Staat, Politik die in die verfassungsrechtlich gewährleisteten Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreift; Politik, die keine Verantwortung für Fehler übernimmt; Politik von Bossen für Bosse sprengt aber den Rahmen dieser Trinität. Diese Politik ist keine Weiterentwicklung, kein Ausdruck von Fortschritt, sondern verschmäht die Grundprinzipien der SPD.

In den vergangenen Monaten wurde kontrovers diskutiert: Vorratsdatenspeicherung, Pkw-Maut und Hilfen für Griechenland waren tagesaktuelle Themen, die die Genossinnen und Genossen in den Stadtverbänden, Ortsvereinen und AG's beschäftigten. Eine solche Diskussion ist wichtig und erforderlich - aber warum eigentlich? Umso mehr Gedanken einfließen, umso mehr Lösungsvorschläge werden zusammengetragen. Sie verfolgen nicht nur den Zweck, dass sich jedermann mit dem Thema auseinandersetzen kann, vielmehr soll eine gute, eine soziale Lösung für alle diese Probleme gefunden werden. Ideen können in der Parteispitze entstehen, aber genauso gut auch in der Basis.

Mit der Politik, die die Parteispitze jüngst fährt, wird den politischen Diskussionen in der Basis ein Großteil ihres Zwecks genommen. Eigene Ideen umzusetzen ist Aufgabe der Parteispitze; es ist aber genauso ihre Aufgabe, Ideen, die in der Basis entstanden sind, aufzugreifen. Auch wenn sich beides nicht immer zwingend deckt. Der derzeitige Weg, eigene Ideen ohne oder gegen den Willen der breiten Basis durchzusetzen führt im Ergebnis dazu, dass die Politik der Parteispitze an Qualität verliert. So geschehen in den vergangenen Monaten bei der Einsetzung eines Parteikonvents zur Vorratsdatenspeicherung. Das bedarf es zu ändern: Der Basis muss wieder zugehört, ihre Kritik und ihre Ideen müssen aufgegriffen werden.

Die Parteispitze lebt von aktiven Parteimitgliedern, die Kontakte mit den Menschen ihres Einzugsgebietes halten, insbesondere in Zeiten, in denen das Vertrauen derselben in die SPD immer mehr abnimmt. Es kann nicht verlangt werden, dass wir für eine Politik einzustehen haben, die sich von den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität entfernt. Ein Wandel kann nur dann erfolgen, wenn wir aufmerksam beobachten, welche Politik in unserem Namen gemacht wird. Es dürfen nur diejenigen im Namen der SPD Politik machen, die auch tatsächlich für die Grundwerte unserer Partei einstehen; hierfür muss in jeder Hinsicht und auf allen Ebenen Sorge getragen werden.

Die Chance, einen Kanzlerkandidaten zu stellen, sollte nicht leichtfertig aufgegeben werden. Ein Verzicht auf Rot-Rot-Grün bedeutete bei der letzten Bundestagswahl, nun in einer Regierung gefangen zu sein, die vor allem Kompromisse verlangt. Die Frage, die man sich stellen sollte, ist die, ob Rot-Rot-Grün nicht mit weniger Kompromissen einhergehen könnte. Wenn Ministerpräsident Torsten Albig äußert, die SPD brauche 2017 keinen Kanzlerkandidaten stellen, weil dieser gegen Merkel keine Chance habe, sollte in aller Deutlichkeit klar geworden sein, dass ein Richtungswechsel dringend von Nöten ist.

Die Parteispitze hat an Vertrauen verloren. Ein Wandel muss von unten beginnen; nur wenn fähigen und sozialdemokratisch eingestellten Genossen die Chance gegeben wird, die Partei zu den eigenen Grundwerten zurückzuführen, kann das Vertrauen wieder hergestellt werden.

R2: Zeitnahe Rückkehr zur Basis

Begriffe zeichnen sich durch die Eigenschaft aus, eine bestimmte Zahl anderer Begriffe und Eigenschaften zu subsumieren, in sich zu vereinigen. Grob gesagt, aber allgemein anerkannt, haben wir uns in der Post-Godesberger Zeit dazu entschieden einen starken Fokus auf die demokratisch-sozialistischen Kernbegriffe Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu legen. Sozialistischere Forderungen wie etwa Verstaatlichungen oder Planwirtschaft wurden zugunsten des Freiheitsbegriffes zurückgestellt. Den Gedanken des starken Staates haben wir zugunsten eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands mit starken Säulen wie dem Streikrecht oder der Chancengleichheit verworfen. Eine gute Entscheidung, die die SPD beinahe zu einer liberalen Partei gemacht hat, die sich aber, und das ist wichtig, durch den Solidaritätsbegriff (in Form der eben kurz angerissenen Forderungen) doch deutlich von einem neoliberalen Menschen- und Staatsbild unterscheidet.

Diese hier in wenigen Sätzen umrissene Entwicklung und Positionierungshistorie unserer Partei ist sicherlich den meisten Genossinnen und Genossen bekannt und möglicherweise sogar ein Grund für den Beitritt in die SPD. Sie scheint aber, und das wird immer deutlicher, den Führungspersonen dieser, unserer Partei auf Bundesebene nicht, oder nicht mehr, bekannt zu sein. Entwicklungen wie das Tarifeinheitsgesetz, die Vorratsdatenspeicherung (VDS), oder auch Äußerungen zur Griechenlandkrise, zeigen deutlich eine innerliche Abkehr von den Kernbegriffen der Sozialdemokratie.¹ Ob das, was momentan umgesetzt wird, gerecht ist, ist schwierig zu beurteilen. Freiheitlich und solidarisch ist es auf keinen Fall. Eine solche Ausdehnung geben selbst diese beiden weiten Begriffe nicht her. Und wenn Sigmar Gabriel nach dem Parteikonvent im Juni 2015 davon spricht, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gäbe, legt das erschreckend nahe, wie wenig der Parteivorsitzende seinen eigenen Programmsatz verstanden hat.

Dies wollen wir näher ausführen. Wir empfanden in den vergangenen Wochen und Monaten wenig Begeisterung darüber, dass sich die sozialdemokratische Partei Deutschlands trotz vieler Debatten, die zu einem anderen Ergebnis gekommen sind, für eine Vorratsdatenspeicherung eingesetzt hat. Wir können dies leider nicht verstehen, weil wir in diesem Instrument der sogenannten "Terrorismusbekämpfung" keinen Zweck für die Allgemeinheit sehen. Eher im Gegenteil! Vorratsdatenspeicherung verhindert keine Gewalt, sondern ist ein Aktionismus, der gezielt die Angst der Bürgerinnen und Bürger mit den

¹http://www.spd.de/linkableblob/129152/data/20150528_verkehrsdatenspeicherung.pdf

abgedroschenen Schlagwörtern "Terrorismusbekämpfung", "Vereitelung von Anschlägen" und "Terrorgefahr" ausnutzt.

Der Staat hat keinen Anspruch darauf in jeden Bereich seiner Einwohner und Einwohnerinnen, Bürgerinnen und Bürger einzugreifen und einzusehen. Dies wäre jedoch die Konsequenz aus der Vorratsdatenspeicherung.

Es ist bedauerlich zu sehen, dass bei der Begründung für eine Notwendigkeit der VDS auf einfache Stammtischparolen zurückgegriffen wird. So wird beispielsweise in dem Hintergrundpapier der SPD argumentiert, dass „mit „Handydaten“ Mörder überführt werden können“. Dies ist billige Effekthascherei, auf die eine selbstbewusste SPD nicht zurückgreifen darf. Mit derart fadenscheinigen Argumenten, die leicht zu durchschauen sind, wird Sand, der in die Augen der Bürgerinnen und Bürger gestreut wird, als das erkannt, was er ist: Aktionismus, der als Ablenkung dient und ebenso als Mutlosigkeit, die Wahrheit zu sagen. Wir fragen kritisch und direkt nach, ob die entscheidenden Politiker verstanden haben, welche Rückschlüsse die überwachten Daten auf den „gläsernen Bürger“ zulassen.

Natürlich verstehen wir, dass die Balance zwischen individuellen Freiheitsrechten und Schutzaufgabe des Staates ein zerbrechliches Gefüge ist, das ständig auf der Kippe steht und den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden muss. Jedoch wird der Bogen überspannt! Es gibt sehr viele Argumente, die gegen Überwachung sprechen, dabei lassen wir die offensichtlichsten Argumente außer Acht, die in letzter Zeit bereits ausführlich in der Öffentlichkeit dargelegt wurden. Beispielsweise, dass Attentate durch Vorratsdatenspeicherung nicht erfolgreich verhindert werden, geschweige denn aufgeklärt.

Was wir uns wünschen ist ein Schutz der Rechte der Einwohner dieses Landes. Private Anbieter müssen daran gehindert werden, Einfluss auf zu viele (Meta-)Daten zu erhalten. Der Schutz der Bürger ist es, wofür wir kämpfen sollen und wofür wir kämpfen müssen. Anstelle eines generellen Verdachts und einer vorsorgliche Überwachung müssen wir die Einwohner des Landes zu schützen, sei es gegen Staat oder gegen Konzerne. Wir Jusos hoffen darauf, dass die Idee der Vorratsdatenspeicherung schnell dahin verschwindet wo sie hingehört: in den Aktenvernichter der Geschichte.

All diese stellvertretend genannten Entwicklungen sind aber nur Symptome eines tieferliegenden Problems. Die SPD steckt seit der verlorenen Bundestagswahl 2005 in einer schweren Krise und seit 2013 in der zweiten Großen Koalition innerhalb einer Dekade – degradiert zur Schleppenträgerin einer Bundeskanzlerin, die eher bemüht ist die Themen Freiheit (Snowden), Gerechtigkeit (s. oben) und Solidarität (Griechenland) unter einem Mantel



des Schweigens zu verdecken. Während die Union für ihr Verständnis erstaunlich soziale Gesetze verabschiedet, arbeitet unsere Parteiführung an Vorratsdatenspeicherung und Tarifeinheitsgesetz. Wie wird die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland wohl aussehen, wenn Angela Merkel Sigmar Gabriel links überholt hat?

Wer in eine große Koalition geht, hat keine Wahl gewonnen; schon gar nicht, wenn er der schwache Partner ist. Peer Steinbrück ist der einzige Spitzenfunktionär des vergangenen Jahrzehnts gewesen, der das erkannt hat und für eine Niederlage der SPD geradestand. Die meisten anderen Führungspersonen unserer Partei, allen voran Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Andrea Nahles sind in irgendeiner Form seit 2005, seit drei grandios verlorenen Wahlen, dabei, ohne jemals eine Konsequenz gezogen zu haben. Die knappe Entscheidung des Parteikonventes im Juni diesen Jahres bestätigt zum einen eine große Skepsis gegenüber der jetzigen Linie und Führung und gleichzeitig, dass das Problem nicht nur ganz oben, sondern auch in der mittleren Funktionärssebene zu liegen scheint.



V1 Psychoterror ist auch Gewalt – Erweiterung des Opferentschädigungsgesetzes auf Opfer psychischer Gewalt

Wir fordern, dass Menschen, die nachweislich durch psychische Gewalt gesundheitliche Schäden erlitten haben, ebenfalls einen Leistungsanspruch nach dem Opferentschädigungsgesetz erhalten.



V2 „Bullshit made in Germany“ - DE-Mail abschaffen

Das De-Mail-Gesetz schafft mehr Probleme, als es löst. Der aus dem Gesetz folgende Dienst „De-Mail“ ist unsicher, unbrauchbar und öffnet ein Scheunentor für Überwachung und Missbrauch. Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung des Gesetzes und sowie den Rückzug der bereits ausgestellten Akkreditierung.